

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Deutsche helfen der Zionobant!

Der Kampf um die Zölle wurde von den Agrariern unter dem Schlagworte „Gleichstellung der Agrarzölle mit den Industriezöllen“ begonnen. Mit gut gespielter Entrüstung wiesen sie die Zumutung zurück, die Forderung nach festen Zöllen entspringe einem schändlichen Profitinteresse, das ihnen vollständig fernliege. Nur die hohen Industriezölle seien es, die den Landwirten zwingen, alle für die landwirtschaftliche Produktion notwendigen Maschinen, Werkzeuge und Gebrauchsgüter teuer zu bezahlen, und sie seien es, welche daher die Einführung von landwirtschaftlichen Schutzzöllen notwendig machen. Gabe es keinen Schutz für die Industrie, dann könnte auch die Landwirtschaft des Mittels der Preistreiber durch Zölle entlastet, aber da die Industrie auf die ungehörlich und unerhört hohen Schutzzölle nicht verzichten wolle, bleibe den armen Agrariern kein anderer Ausweg, als gleichfalls in einer Zollschutzpolitik ihre Zuflucht zu suchen. Dieses Vied, in das auch, als sie die Möglichkeit erkannten, mit Hilfe der Zollkampagne den Geistlichen eine ausgiebige Gehaltssteigerung zu ergattern, die Christlichsozialen gläubig einstimmen, konnte man immer wieder hören, so oft die Gegner der agrarischen Ausplünderungspolitik gegen das Verlangen auf Lebensmittelzölle Einspruch erhoben. Hebt die Industriezölle auf, dann brauchen wir auch keine Agrarzölle, so lautete die stereotypische Antwort.

Ueber alle Einsprüche und Proteste hinweg kam es zur Bildung der tschechisch-deutschen Zollmehrheit und zur Ausarbeitung der Zollvorlage. Da gab es nun eine große Ueber- raschung. Die unter der Parole „Parität der Agrarzölle mit den Industriezöllen“ in den Kampf gezogenen Agrarier und Merkanten hatten eine Zollvorlage ausgearbeitet, die nicht nur über den Rahmen des Zollschutzes für Produkte der heimischen Landwirtschaft hinausging, sondern die auch eine Reihe von Zoll- erhöhungen für industrielle Erzeugnisse enthielt. Im ersten Augenblick schien dies ganz un- verständlich und sinnlos. Wie, dieselben Parteien, welche über die hohen Industriezölle nicht beweglich genug schlagen konnten und die für die Ermäßigung dieser Zölle sich zu ereifern schienen, beantragten nun selber neue, höhere Zölle für Industrieartikel? Um so größer war das Erstaunen, als man sah, welcher Art von Industrieartikeln dem Verlangen der Agrarier und Merkanten zufolge noch mehr als bisher durch Zölle geschützt werden sollen. Da waren Zollerhöhungen neben verschiedenen anderen Artikeln auch für Kunstseide, für Automobile, für Traktoren und — das Staunen wuchs ins Riesengroße — auch sogar für Kunstdünger! Was hatte das alles mit dem angeblich so notwendigen Schutz der Landwirtschaft zu tun! Welches Interesse hatten auf einmal Landbändler, Christlichsoziale und Gewerbetreibende an einer Verteuerung von Kunstseide durch Zölle? Warum hielten sie ursprünglich eine Erhöhung der Zölle auf gewisse — nicht auf alle — Automobile für unauf- schiebbar, ebenso wie für Traktoren, das sind Maschinen, die auch in der Landwirtschaft vielfach Verwendung finden und für die ihre Vertreter daher doch eher eine Verbilligung als eine Verteuerung erstreben müßten! Was bestimmte Landbändler und Christlichsoziale aus dem großen Komplex der Industriezölle gerade diese Posten herauszuheben und bei ihnen eine Zollerhöhung zu beantragen? Geradezu toll aber mußte das Verlangen nach einem erhöhten Zollschutze und damit nach einer Verteuerung des Kunstdüngers erscheinen. Landwirtschaftliche Vertreter, die für eine Verteuerung des für die landwirtschaftliche Produktion unent- behrlichen Kunstdüngers eintreten, das war eine Parität voller Parität, über dessen Lösung man sich den Kopf zerbrach.

In diese Zusammenhänge hat Genosse Dr. Heller in einer Rede im Senat hineingeleuchtet. Er hat eine Seite der agrarischen und Merkanten

Nächtliche Abstimmung und Kravalle im Senat.

Anläßlich der Beendigung der Zolldebatte.

Prag, 22. Juni. Heute nachmittags wurde im Senat die Debatte über die Zölle fortgesetzt; die Abstimmung wird jedenfalls noch in der Nacht erfolgen. Die Zollmehrheit klappt auch im Senat. Zu Beginn der Sitzung zeigten die deutschen Agrarier, daß sie entschlossen sind, mit den Tschechischbürgerlichen durch Dick und Dünn zu gehen, und gaben ihr Votum für die Beibehaltung der 18monatigen Dienstzeit ab, worüber das Nähere an anderer Stelle gesagt wird.

In der Debatte sprachen eine Reihe von Rednern, während deren Ausführungen es immer wieder zu leidenschaftlich geführten Polemiken zwischen den Gegnern und den Anhängern der Zölle kam. Bemerkenswert ist, daß die deutschen Nationalsozialisten, von deren drei Mann starker Fraktion Fahrner und Jeser sich überhaupt nicht blicken ließen, niemand das Wort ergriff. In einer für die arbeitende Bevölkerung so lebenswichtigen Frage hielten es diese sauberen „Arbeitervertreter“ nicht für notwendig, auch nur den Mund aufzu- machen. So hat die Zollmehrheit auch im Senat einen Sieg errufen; ob es ein dauernder sein wird, darüber werden die Wähler entscheiden.

Kurz vor 12 Uhr wurde die unterbrochene Sitzung mit der Verlesung zahlreicher Abänderungsanträge der oppositionellen Parteien eröffnet. Gegen 11 Uhr kam der eine Berichterstatter zu Worte, was der Anlaß zu furchtbaren Kravallszenen war. Auf den Berichterstatter wurden Papiermappen geworfen, die Kommunisten trommelten auf die Pulte, Pfeifen und Trompeten traten in Tätigkeit.

Bei Schluß des Vortrages gehen die Lärm- szenen weiter.

Die Sitzung wurde um halb 4 Uhr nach- mittags eröffnet. Bevor der Senat in der Debatte über die Zölle fortschreitet, gelangt eine Reihe von Anträgen, die unsere Genossen gestellt haben, zur Abstimmung. Der Antrag des Gen. Starb, der Ministerpräsident möge in der Sitzung erscheinen, um den Standpunkt der Regierung zu den Zöllen klarzulegen, wird von der Zollmehrheit mit 74 zu 49 Stimmen abgelehnt. Ebenso wird der Antrag der Genossen Löw, Dr. Heller und Riefner, es möge eine Reihe von Hochmin- istern sich zu der Vorlage äußern und ein Antrag Joll, der Minister für Nationalverteidigung möge Aufklärung über die 14monatige Dienstzeit der Soldaten geben (wir sprechen über den letzten Antrag noch an anderer Stelle) werden gleichfalls niedergestimmt.

Zollkampagne berührt, die bisher, da alle Kräfte der Abwehr des Zollattentats auf die Lebens- haltung der arbeitenden Bevölkerung zuge- wendet waren, fast ganz unbeachtet geblieben ist. Danach braucht man nicht mehr zu staunen, warum Zolldeutsche und Zolltschechen erhöhte Zölle für gewisse Industrieerzeugnisse für eben- so bringlich und unaufschiebbar halten, wie Zölle auf landwirtschaftliche Produkte, so daß sie nicht einmal bis zur Schaffung des autonomen Zolltarifs warten wollten. Des Rätsels Lösung ist sehr einfach. Man braucht nur festzustellen, wem die erhöhten Zölle auf Kunst- seide, Automobile, Traktoren, Kunstdünger usw. nützen, wem sie erhöhten Profitzuschüssen werden. Siehe da, in allen Fällen geht es um einen Liebesdienst für Industrieunternehmen, an deren Prosperität die gewaltigste Finanzmacht im Staate, die Zionostenka Banka im allgemeinen und bestimmte Funk- tionäre derselben, wie auch tschechische Persön- lichkeiten des Wirtschaftslebens hervor- ragend interessiert sind. Mit Aus- nahme eines einzigen Unternehmens ist die Zionobant an allen anderen Automobilindus- trieunternehmen finanziell beteiligt, das gleiche ist auch bei den anderen Industrieunter- nehmen der Fall, um deren Prosperität die deutschen und tschechischen Zollparteien sich so eifrig bemühen. Diesen Industriezweigen geht es nicht etwa schlecht, so daß sich die Schutz- zöllner darauf berufen könnten, es gehe da um eine notwendige Maßnahme zur Erhaltung der

In der Debatte spricht als erster Redner Sen. Prusa (Komm.), der ausführt, die Groß- bauern seien finanziell bereits berast, daß sie ihr Geld in finanziellen und Industrieunter- nehmungen anlegen. Das widerlegt das Gerede von der Krise der Landwirtschaft. Wenn sich die Landwirtschaft in einer so schweren Krise be- fände, dann wäre der Andrang der Bewerber um Restgüter nicht zu verstehen.

Sen. Dr. Brunar (d. Nat.) erklärt, so froh seine Partei über die chaotischen parlamentari- schen Zustände ist, so unerwünscht ist vom na- tionalen Standpunkte aus die Art und Weise, in welcher die deutschen Zollparteien die Gelegenheit ausnützen, weil sie ein neues Potemkinsches Dorf errichten helfen, die Fiktion, als ob der Ausgleich erfolgt wäre. Die Deutschnationalen sind grund- sätzlich für den Freihandel eingestellt. Dem Land- wirte aber muß geholfen werden, wenn er schuh- bedürftig ist. Es ist anzunehmen, daß die Zölle eine Verteuerung der Lebensmittel zur Folge haben wer- den. Redner wendet sich gegen die verschiedenen Ermäßigungen des Gesetzes und meint, die deut- schen Parteien hätten genug Gelegenheit gehabt zu erkennen, was es heißt, der Regierung eine Ermächtigung zu erteilen. Die deutschen Zoll- parteien helfen den Wiederaufbau der nationalen Koalition vorbereiten.

Sodann sprechen die Senatoren Terech (ung. Landw.), Cipera (tsch. Soz.) und Jimal (tsch. Soz.-Dem.). Letzterer erklärt, daß mit dem 15. November 1925 politisch eine neue Zeit für die Tschechoslowakei angebrochen sei. Die Lebensmittelzölle bedeuten einen Angriff auf die zahlreichste Klasse des Staates. Dem Arbeiter wird das Brot vom Mund weggenommen. Die enttäuschte Bevölkerung werde schon noch Gericht halten.

Von Interesse ist, daß der folgende Redner, der ung. Christl.-Soz. Dr. Fracich, erklärt, gegen die Getreidezölle stimmen zu müssen, weil diese eine Verteuerung aller Konsumgüter zur Folge haben werden.

Sodann sprechen der tsch. Soz.-Dem. No- val und der Kommunist Kubera. Immer wieder kommt es während der Debatte zu erregt geführ- ten, lauten Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Parteien.

Ein größeres Auditorium versammelte der letzte Debattenredner Dr. Soukup (tsch. Soz.- Dem.) um sich. Er sagte u. a.: Die Zollmajorität wird abstimmen, aber die Abstimmung des Volkes darüber wird noch folgen. Fünf Jahre haben die Sozialdemokraten um die Sozialver- sicherung gerungen, die Zollfrage aber wird in fünf Wochen gelöst, weil es sich hier um das Klasseninteresse des Bürgertums handelt. Wir

Existenz schwer ringender Industriezweige, son- dern sie befinden sich alle sehr wohl, werfen trotz der Wirtschaftskrise steigende Dividenden und Tantiemen ab, einzelne dieser Unterneh- mungen waren sogar imstande, binnen wenigen Jahren ihren Aktionären durch Dividenden, trotz sehr reichlicher Abschreibungen, das ganze Nominalkapital zurückzuerstatten. Eine wirt- schaftliche oder moralische Rechtfertigung ist da- für absolut nicht aufzutreiben und tatsächlich waren es nur politische Gründe, das heißt, die Gewinnung der tschechischen nationaldemokratischen Partei für die Zollmehrheit, welche die Agrarier und Merkanten veranlaßten, der Aufnahme dieser Industriezölle in das Zollgesetz zuzu- stimmen.

Das also ist des Pudels Kern! Für die Stimmen der Kramar-Partei haben Landbändler, Christlichsoziale und Gewerbetreibende der tschechischen Zionobant ein reiches Geschenk gemacht, haben mitgeholfen, die ohnehin uner- hörte hohen Industriezölle noch um ein weiteres Stück zu erhöhen. Das Deutschland der Deutsch- bürgerlichen hat damit eine neue Probe seiner Treue und seiner Leistungsfähigkeit gegeben. Um die Hungerzölle, nicht nur die Kongrua, nicht nur Mithilfe bei der Drosselung parla- mentarischer Freiheiten, auch reiche Liebesgaben an das tschechische Finanz- und Industrie- kapital. Zionobant-Deutsche, der Name wird Landbändlern, Christlichsozialen und Gewerbe- parteikern als Kennzeichen der Schmach für alle Zeiten anhaften!

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich 10 Bl.

nehmen den Kampf auf; das Lächeln wird den heutigen Siegern noch vergehen. Es wird der Tag kommen, wo das Volk uns recht geben wird. Darauf wird die Sitzung um 10 Uhr nachts unterbrochen.

Berfassungsausschuß des Senats.

Deutscher sozialdemokratischer Antrag wegen Zusammensetzung des Bodenausschusses.

Vor Eingang in die Tagesordnung urgieren Gen. Dr. Heller die Verhandlung des An- trages über die Zusammensetzung des Bodenausschusses. Dieser Antrag, der Anfang März über- reicht und am 23. April dem Verfassungsausschuß zugewiesen wurde, wurde bisher vom Vorsitzen- den vollständig ignoriert, obwohl viel später überreichte Initiativvorträge längst erledigt und im Hause durchberaten wurden. Gegen diesen Vorgang erhob Gen. Dr. Heller schärfsten Pro- test und verlangte, daß der Ausschuß den Antrag noch diese Woche berate. Der Vorsitzende Sen. Dr. Gruban teilte mit, er habe den Antrag einem Referenten zugewiesen und werde veran- lassen, daß das Referat demnächst erstattet werde.

Die Staatsbeamtenvorlagen in den Senatsausschüssen.

Im Budgetausschuß sprachen nur der Be- richterstatter und Gen. Rejzl, dessen Abänderungs- anträge abgelehnt wurden.

Im sozialpolitischen Ausschuß beanugte sich der Referent, der Nationaldemokrat Dr. Jacek, mit der Aufzählung der Titel der einzelnen Ab- schnitte der Vorlage und ließ den Ausschuß nicht im Zweifel darüber, daß er vom Inhalt des Gesetzes keine Ahnung habe. In der Debatte hielt Gen. Polach eine von Kenntnis der Materie zeu- gende Rede. Die gestellten Anträge der Oppo- sition wurden gleichfalls abgelehnt.

Der Ausgleichsantrag Dr. Czech

wurde in der gestrigen Sitzung des Abgeordne- tenhauses vom Präsidium dem verfassungsrechtlichen Ausschuß zugewiesen. Damit ist freilich noch nicht gesagt, daß jetzt schon alle Klippen umschifft wären, an denen der Antrag scheitern könnte; Schwierig- keiten werden ihm von tschechischnationaler Seite sicher noch genug in den Weg gelegt werden, und es wird noch viel Arbeit seitens unserer parla- mentarischen Vertreter erfordern, um den in dem Antrag niedergelegten Prinzipien zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Elektrifizierung des flachen Landes.

Annahme der Vorlage im landwirtschaftlichen Ausschuß.

Der landwirtschaftliche Ausschuß des Abge- ordnetenhauses beschäftigte sich gestern nach der Plenarsitzung mit der Regierungsvorlage über die finanzielle Unterstützung der Elektrifizierung auf dem flachen Lande. Die Vorlage beantragt, für diesen Zweck in das Budget des Landwirtschafts- ministeriums durch die nächsten fünf Jahre je zehn Millionen Kronen einzustellen. Die Genossen Leibl und Schwiechhart bemängelten vor allem, daß die ganze Aktion in die Hände des Landwirtschaftsministeriums gegeben werde und die Gefahr einseitiger Verwendung vorliege. Es heißt zwar, daß die Vorlage vor allem arme Ge- bietsgemeinden berücksichtigen soll, doch sind nirgends dafür feste Normen gegeben.

Unsere Genossen wiesen auch darauf hin, daß es sich wahrscheinlich um eine Sanierungs- aktion gewisser „gemeinnütziger“ Elektrizitätsge- sellschaften handeln dürfte; das wurde insoweit bestätigt, als die Bestimmung, daß auch in- solvente Genossenschaften berück- sichtigt werden sollen, noch deutlicher hervor- gehoben wurde. Dies ist eine Sache, die der deutsche Landbändler Rodina ein. Jedenfalls beiseite lassen die Agrarier, die ihnen genehmen Gesetze noch vor Torschlusß möglichst rasch unter Dach zu bringen. — Die Abänderungsanträge unserer Ge- nossen wurden ebenso wie die meisten Anträge der übrigen sozialistischen Opposition abgelehnt.

Der Staatsanwalt soll mit den Parlamentär-
kravallen befaßt werden! Laut einer Information der
„Narodni Politika“ beschloß die Leitung der Parla-
mentsmehrheit, zeugenmäßig alle Gewalttätig-
keiten festzustellen, deren sich die obstruieren-
den Abgeordneten am Samstag gegen den Vizeprä-
sidenten Dostal und das Personal des Parlamen-
ts schuldig gemacht haben, bei der Staatsanwalt-
schaft die Strafanzeige zu erstatten. Auf Veranlassung der
Parlamentsmehrheit soll noch im Laufe dieser Woche
in dieser Angelegenheit der Immunitätsausschuß ein-
berufen werden.

Delegierten-Versammlung des Reichsverbandes deutscher Krankenkassen.

Die Delegierten-Versammlung des Reichsverbandes deutscher Krankenkassen fand am 19. und 20. Juni d. J. im großen Saale des Bergarbeiterheimes in Falkenau a. E. unter starker Beteiligung seitens der Vertreter der Verbände und einer Reihe von Gästen statt.

Nach der Eröffnungsansprache durch den Vorsitzenden Abgeordneten **Beutel** erstattete der Verbandssekretär Abgeordneter **Sacken** in ausführlicher Weise den Tätigkeitsbericht; er hob besonders die Erwerbung des Kurheimes in Karlsbad hervor, sprach über die Bestellung des Verbandsreferenten und betonte den guten Erfolg der vom Reichsverband veranstalteten sechs Fortbildungskurse mit 24 Teilnehmern; weiters erwähnte er im Verlaufe seiner weiteren Ausführungen die Zusammenziehung des vorbereitenden Ausschusses sowie die Gründe, warum bisher in den Kassen eine einheitliche Führung nicht herbeigeführt werden konnte, und besprach sodann die Notwendigkeit der andauernden Überprüfung der Rezeptie durch die eigene Retaxationsabteilung.

Nach Kenntnisnahme und Genehmigung des Tätigkeitsberichtes, wurde dann über Antrag des Ueberwachungsausschusses Mitglied des Direktor **Kühne** im Namen des Vorstandes und dem Sekretär einstimmig die Entlastung erteilt.

Zum Punkte 2 der Tagesordnung erstattete hierauf Direktor **Bösmüller** ein eingehendes Referat über die Durchführung des Sozialversicherungsgesetzes durch die Krankenkassen. Anstalten; daran schloß sich eine rege Debatte, an der sich u. a. folgende Delegierte beteiligten: **Trenka**, **Jägerndorf**, **Jorn-Freiwaldau**, **Kuplent-Winterberg**, **Paier-Nixdorf**, **Nichter-Nixdorf**, **Petratschek-Bischkeinitz**, **Hanig-Reichenberg**, **Schiller-Ruffig**. Im Schlußwort gab Direktor **Bösmüller** über alle gestellten Anfragen erschöpfend Auskunft.

Zu diesem Punkt der Tagesordnung referierte weiters Abgeordneter **Taub** in ausführlichster Weise. Er sprach eingehend über die Entwicklung der Sozialversicherung und hob im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen die Mängel der Vorlage hervor, kritisierte die Art der Durchführung des Gesetzes und verwies darauf, daß bei der Durchführung des Sozialversicherungsgesetzes lediglich die gesetzlichen Bestimmungen maßgebend sein müssen. **Abg. Taub** verwahrte sich dagegen, daß der vorbereitende Ausschuss entgegen den Intentionen des Gesetzes handelt, indem die drei Direktoren ausschließlich aus Angehörigen der tschechischen Nation bestellt wurden, ohne daß den Ansprüchen der Deutschen auch nur die geringste Beachtung geschenkt worden wäre. Redner bezeichnete dies als einen schlechten Anfang für die künftige Entwicklung und eine Herausforderung der deutschen Bevölkerung, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft, und legte mit aller Entschiedenheit Barmherzigkeit ein gegen diese Methode der Ausschaltung der Deutschen aus den von ihnen mit zu verwaltenden Instituten.

Der Referent kritisiert weiters die Nichtdurchführung der Neuwahlen in den Kassen und stellt fest, daß, auch heute so wie ehemals beim Kaffeentag in Prag und nachher, wo nur immer Gelegenheit gegeben war, die Forderung nach Neuwahlen gestellt und das unbedingte Verlangen nach baldigster Durchführung der Neuwahlen nicht nur in den Krankenkassen, sondern auch in den sonstigen Instituten auf das energischste gestellt werden muß.

Redner trat dann für die volle Vereinigung aller Versicherungszweige ein, behandelte im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen die Organisation der Sozialversicherung und bezeichnete es als einen schweren Fehler, daß entgegen den Forderungen der Arbeiterschaft als Träger der Versicherung nicht die Einheitskasse geschaffen, sondern den vielfachen Strömungen Rechnung getragen wurde.

Redner nahm hierauf Stellung zu der im Sozialversicherungsgesetze vorgesehenen Verwaltung und bezeichnete diese als eine gewaltige Einschränkung der bisher bestehenden Autonomie. Er verwies weiters darauf, daß die für die Krankenkassen vorgesehenen Beitragsleistungen für die Durchführung der Aufgaben in diesen Anstalten keinesfalls hinreichend werden. Mit aller Entschiedenheit wandte er sich gegen die absolute Karez, die durch dieses Gesetz eingeführt ist, da diese eine schwere Schädigung der Versicherten bedeutet.

Redner unterzog dann die Bestimmungen betreffend die Versorgung der über 65 Jahre alten Personen, die nicht mehr in die Sozialversicherung einbezogen werden, einer eingehenden Erörterung und wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen die Maßnahmen, die dahin gehen, die Regelung der Versorgung dieser Personen, die so viel Jahrzehnte an diesem Werke mitgearbeitet haben, im Wege des Armenverfahrens durchzuführen.

Nach Genehmigung des Verbandsbeitrages in derselben Höhe wie im Vorjahre und nach Durchführung der Wahlen in den Ueberwachungsausschuss und das Schiedsgericht schloß Abgeordneter **Schäfer** als Obmann des Verbandes mit einem Appell an die Delegiertenversammlung für die Ausgestaltung des S. V. G. einzutreten und dafür zu kämpfen, den Verbands-

Deutschbürgerliche für den tschechoslowakischen Militarismus. Im Senat stimmen Landbändler, Christlichsoziale und Gewerbetreibende gegen die 14monatige Dienstzeit.

Die deutschen Bürgerparteien, die sich noch vor kurzem als die schärfsten Gegner des tschechoslowakischen Militarismus ausgesprochen haben, haben gestern im Senat Sand in Sand mit den tschechischen Faschisten ihre Stimme gegen die vierzehntonatige Dienstzeit abgegeben. Wohl gemerkt, diese verkürzte Dienstzeit bedeutet keine gesetzliche Neuerung, ihre Einführung ab 1. Oktober 1926 ist im Wehrgesetz vorgesehen. Dieses Gesetz wurde von der ernannten Nationalversammlung beschlossen, in der kein deutscher Vertreter saß. Selbst dem militärischen Berater der damaligen Regierung, dem General **Pelle**, ging das Gesetz genau weit. Was aber dem General **Pelle** zum militärischen Schutz der Tschechoslowakischen Republik genügt erschien, das genügt heute nicht mehr den Herren **Zuleger**, **Böhr** und **Lichy**. Gen. **Pelle** hatte nämlich angeführt der drohenden Gefahr, daß es bei der 18monatigen Dienstzeit

bleiben wird — hat doch die Regierung im Abgeordnetenhaus bereits einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorgelegt — den Antrag gestellt, der Minister für nationale Verteidigung möge dem Senate Aufklärung darüber geben, welche Vorbereitungen für die Einführung der verkürzten Dienstzeit getroffen werden. Als nun über diesen Antrag abgestimmt wurde, stimmten die Senatoren des Bundes der Landwirte, der Christlichsozialen und Gewerbetreibenden dagegen und brachten damit zum Ausdruck, daß ihnen an der 14monatigen Dienstzeit nichts liege. Mögen die Soldaten 18 Monate dienen, wenn nur die Agrarier, Christlichsozialen und Gewerbetreibenden Zölle bekommen. Die Söhne der Bauern und Kleinbürger werden sich bei den deutschen Zollpartei dafür bekämpfen können, wenn sie vier Monate länger dienen werden.

Die Kongrua-Abstimmung — ungültig!

Der Standpunkt unseres Abgeordnetenkubs. — Die Schuld des Vorsitzenden und des Referenten.

Zu Beginn seiner gestrigen Rede gab **Genosse Diel** für unseren Klub folgende Erklärung zu der Abstimmung über die Kongrua ab:

Der Herr Präsident hat am Schluß der letzten Sitzung sein Bedauern über die Szenen ausgesprochen, die sich bei der Abstimmung der Kongrua-Vorlage abspielten. Er hat aber übersehen, festzustellen, daß das Verschulden daran vor allem den amtierenden Vizepräsidenten trifft, der durch die Art der Verhandlungsleitung jede Objektivität der Minderheit gegenüber vermissen ließ, nicht minder aber den Berichterstatter, der gegen die Geschäftsordnung die Leitung der Sitzung zu beeinflussen versuchte.

Darum stellen wir neuerlich fest, daß in diesem Parlamente nicht eher eine ruhige Atmosphäre geschaffen werden und ein geordnetes Verhandeln möglich sein wird, als bis sich die Mehrheit dazu entschließt, so wie es in allen anderen Parlamenten der Welt geschieht, die Geschäfts-

ordnung korrekt und loyal im Einvernehmen mit allen Parteien, auch denen der Minderheit, zu handhaben. Wir erneuern aus diesem Grunde unsere Forderung nach regelmäßiger Einberufung der **Obmännerkonferenz**.

Was aber die Abstimmung selbst betrifft, die unter so unwürdigen Umständen vor sich gegangen ist, so ist dieselbe selbstverständlich für uns null und nichtig. Eine Abstimmung, bei der niemand im Hause wachte, worüber abgestimmt wird, bei welcher nicht einmal die stimmzählenden Schriftführer den Antrag kannten, dessen Ergebnis sie festzustellen hatten, eine Abstimmung, bei welcher kein Einverständnis des Präsidenten verstanden werden konnte, ja, bei der schließlich ein Einverständnis überhaupt nicht mehr erfolgt ist, eine solche Abstimmung kann nicht der Willensmeinung des Parlamentes Ausdruck geben und kann keinen gültigen Beschluß herstellen. Darum stellen wir fest, daß die Kongrua-Vorlage nicht geschäftsordnungsmäßig erledigt wurde und daß wir die Abstimmung nicht anzuerkennen vermögen.

Die neuen Zuder- und Spiritussteuern.

Debatte im Abgeordnetenhaus. — Die Abstimmung wird heute Mittwoch erfolgen

Prag, 22. Juni. Das Abgeordnetenhaus ging heute in die Verhandlung der Bebedungs- vorlagen zum Staatsbeamtengesetz, der Zuder- und Spiritussteuer ein, für die schon seit Tagen die Mehrheit in Form der alten Jollkoalition gesichert ist. Von den deutschen Zollpartei griff jedoch bisher kein einziger Vertreter in die Debatte ein, die morgen zu Ende geführt werden wird, obwohl es doch sicher interessant wäre zu erfahren, wie sie dieses politische Vertrauensvotum für die Regierung Cerny zu verteidigen gedenken.

Im Hause wurde viel über die Meinungen gesprochen, die über ein Auslieferungs- begehren der Staatsanwaltschaft gegen 13 kommunistische und nationalsozialistische Abgeordnete im Umlauf waren und auch durch eine Meldung der „**Karodni Listy**“ bestätigt wurden. Es heißt bestimmt, daß das Auslieferungsbegehren bereits beim Kammerpräsidenten eingelaufen ist, doch verlaute von der erwarteten Zuteilung an den Immunitätsausschuss bisher noch nichts. Angeblich wird noch mit den deutschen Zollpartei über deren Zustimmung zur Auslieferung verhandelt. Inlande sind sie es jedenfalls, auch noch dies auf ihr Gewissen zu nehmen!

Die Entscheidung über die Demission des Außenministers **Dr. Benes**, der bereits zurückgekehrt ist und gestern mit **Rosafé** verhandelte, soll in einer Sitzung der Parteivertretung der tschechischen Sozialisten am Donnerstag erfolgen. Der heutige Leitartikel des „**Denob**“, der die Demission **Beness** mit Rücksicht auf die letzten Kravalle im Parlament, an denen sich auch seine Parteigenossen beteiligten, energisch fordert, fand große Beachtung.

Die Sitzung des Parlamentes begann vor 10 Uhr früh. Auf der Tagesordnung stehen die beiden Regierungsvorlagen über die Zuder- sowie über die Spiritussteuer, über welche die Debatte unter einem abgeführt wird.

Der Berichterstatter **Roudnicly** (tsch. **Klerik**) erklärt zur

Zudersteuer,

daß man bei einem Verbrauch von 3.3 Millionen Zentner Zuder den Ertrag der Steuer auf 200 Millionen Kronen schätzt. Rübenzuder soll mit 184, Stärkezuder mit 30 und sonstige Zuderarten mit 50 Kronen pro Zentner reinen Zuders versteuert werden. Die Erhöhung beträgt bei Rübenzuder 70 Kronen; die bisherigen freiwilligen Ertragszuschläge werden in feste verwandelt, da der zu dedende Mehraufwand für die Gehalts- gesehe ebenfalls stabil ist. Eine Erhöhung der Zuderpreise müsse nicht eintreten, da die Rüben- lieferungsverträge bereits auf der Basis von 12 bis 15 statt wie bisher mit 20 Kronen ab- geschlossen wurden.

Den Bericht über die Spiritussteuer

erstattete **Samel** (Nat. Dem.). Es handle sich bei der Vorlage nur um eine teilweise Regelung; die Steuer soll von 12.20, beziehungsweise 12 K einheitslich, ohne Rücksicht ob Produktions- oder Verbrauchssteuer, pro Hektolitergrad Alkohol auf 15 Kronen erhöht werden. Diese Erhöhung soll 27 Millionen bringen, davon zwei Millionen aus den nachträglichen Versteuerungen der Vorräte. Der Konsum werde hierdurch fühlbar, wenn auch nicht unerträglich belastet werden. Die besondere Gebühr von zwei Kronen für die Länder, beziehungsweise Gaue bleiben weiter in Geltung. Das Gesetz soll schon mit 1. Juli d. J. in Kraft treten.

Zu der Debatte

tritt der tschechische Sozialdemokrat **Chalupa** gegen die Vorlagen auf, verlangt demgegenüber eine Valorisierung der Grundsteuer sowie eine stärkere Erfassung der Einkommensteuer. Die Zudersteuer allein werde pro Kopf der Bevölkerung eine dauernde Belastung von 32 Kronen jährlich bringen. Er verlangt daher die Monopolisierung des Zudergeschäftes.

Siegel (Deutschnat.) weist die Nachteile der Spiritusvorlage ziffernmäßig nach und wendet sich vor allem gegen die nachträgliche Versteuerung der Vorräte.

Genosse Diel

gibt zunächst die an anderer Stelle verkaufte Erklärung unseres Klubs zur Kongrua-Abstimmung ab und fährt dann unter anderem fort:

Zuder und Branntwein sollen durch die vorliegenden Gesetzentwürfe eine Verteuerung erfahren, es ist sicher, daß sich dies neben den Zöllen in jedem Haushalt auswirken wird. Uebereinstimmend sind alle maßgebenden Faktoren der Ansicht, daß unser Ausgabenetat den wirtschaftlichen Verhältnissen des Staates nicht entspricht; und

daß wir das Budget unserer Leistungsfähigkeit anpassen müssen.

Dr. Englis hat dies wiederholt selbst zugegeben; seit er aber Finanzminister ist, hat er seine Ansichten gründlich geändert und sich namentlich für die Umsatzsteuer, diese unmoralischste aller Steuern eingesetzt.

Alles soziale Empfinden für die Notlage der minderbemittelten Klassen hat aufgehört, Schutz einer kleinen Klasse von Kapitalisten ist die Devise geworden.

Das Wirtschaftsbarometer zeigt auf Sturm, unser Export geht zurück, die Aktivität der Handelsbilanz schwindet; die Folge ist wachsende Konkurrenzunfähigkeit gegenüber dem Ausland, wodurch weite Bevölkerungskreise in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die gegenwärtige Uebersteuerung ist nicht mehr aufrecht zu erhalten;

die Steuerlast ist auf das zwölfwache gegenüber dem Frieden gestiegen, die Steuereingänge steigen aber trotz Lohnabbau und verminderten Einkommens, wie der Rechnungsabluß für 1924 zeigt.

Die Zudersteuer

gehört sicher zu den unpopulärsten Steuern. Es ist sicher, daß der Widerstand der Bevölkerung diesmal noch schärfer als bei früheren Gelegenheiten hervorbrechen wird. Zuder ist heute kein Luxus, sondern ein lebenswichtiges Produkt; die Verbrauchsziffer ist von 19 Kilo in der Kampagne 1913—14 auf 28.6 Kilo 1924—25 gestiegen; unsere Zuderindustrie hat ein lebhaftes Interesse, den Inlandskonsum zu steigern. Herr **Englis** tröstet zwar, daß eine Verteuerung des Zuders nicht eintreten wird, aber wird dies immer so bleiben? Der Inlandspreis mühte angesichts des weit niedrigeren Weltmarktpreises unbedingt erniedrigt werden. Vor allem müssen wir die Stabilisierung der Steuer ohne zeitliche Grenze entschieden bekämpfen, während bisher, da die Steuer immer nur für ein Jahr bewilligt wurde, die Nationalversammlung die Möglichkeit hatte, zu prüfen, ob das Steuerausmaß gerechtfertigt ist. Ferner finden wir in der Vorlage keine Bestimmung, daß der Zuderpreis unverändert bleiben muß. Angeblich sollen da private Abmachungen mit der Zuderindustrie existieren.

Aus dem Inlandsgehalt allein ergibt sich bei einem Verbrauch von 20.000 Waggons mit der Umsatzsteuer eine staatliche Einnahme von 816 Millionen;

da kann man mit seiner Empörung über die rückwärtslose Erschließung solcher Steuerquellen kaum zurückhalten, wenn hiedurch die Minderbemittelten in weit höherem Ausmaß betroffen werden. Unsere Herren Agrarier scheren sich aber einen Teufel darum, ob die Bevölkerung unter der Last solcher Abgaben zusammenbricht.

Run zur Branntweinabgabe.

Wir haben bei uns die höchsten Spirituspreise von allen Staaten, aber auch die höchste Steuer, die 69 Prozent des Kaufpreises beträgt. Auch hier wird der bisher freiwillig abgeführte Beitrag von 800 Kronen pro Hektoliter nunmehr in die Gesamtsteuer einbezogen.

Die Spirituspreise sind gegen die Vorkriegszeit um das 17fache gestiegen!

Von der zur Bewirtschaftung des Spiritus errichteten Spiritusbewertungs-gesellschaft ging die unerhörteste Korruption aus; im öffentlichen Leben stehende Männer wurden kompromittiert; aber die Regierung deckte den Schleier christlicher Nächstenliebe darüber. Wiederholt haben die Konsumenten sowohl in der Zuder, wie in der Spirituswirtschaft eine gebührende Vertretung verlangt, immer vergebens. Immer haben es die Machthaber der beiden Parteien verstanden, sich der Kontrolle zu entziehen.

Bereits 1922 hat sich der Ministerrat für die Aufhebung der gebundenen Spirituswirtschaft ausgesprochen; die freie Wirtschaft konnte sich jedoch bisher nicht durchsetzen und scheiterte an dem Widerstand derer, die an der gebundenen Wirtschaft das liebhafteste Interesse hatten.

Während andere Staaten den Alkoholgenuss einschränken, wird er bei uns als reiche Steuerquelle von staatswegen direkt gefördert. Im Jahre 1923 betrug die Kopfquote für Bier bei uns 52.1 Liter, die entsprechende Steuer 19.15 K. Ähnlich verhält es sich mit Wein und Branntwein. Einmal nur hat man sich hier der dringendsten Pflicht erinnert; und durch ein Gesetz wenigstens die Jugend vor Alkoholgenuss schützen wollen. Das Gesetz ist in Kraft, aber wer beachtet es? Es ist nur ein Alibi, mit dem Sie vor der Kulturwelt paradiere wollen. Wie es in Wirklichkeit bei uns aussieht, zeigen die steigenden Ziffern des Alkoholkonsums.

Wir stimmen gegen die beiden Steuern, nicht nur wegen ihres wirtschaftlichen Charakters und ihrer sozialen Ungerechtigkeit, sondern auch deshalb,

weil wir zu dem Regierungssystem kein Vertrauen haben.

Die Bewilligung von Steuern kommt einem Vertrauensvotum gleich und wir werden das Schauspiel erleben, daß auch deutsche Parteien, obwohl sich bisher nichts geändert hat, für diese Steuern stimmen und der Regierung damit ein Vertrauensvotum geben werden.

Genosse Diel zitiert hierauf eine Kundgebung der „**Deutschen Arbeitsgemeinschaft**“ vom 10. Februar 1925, welche den Grundabg aufstellte, daß von der Regierung zunächst unerlässliche Voraussetzungen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht geschaffen werden müssen, und anknüpfend daran Kritik an den speziellen Verhältnissen übt, die uns alle zusammen in die schärfste Opposition drängen.

Wir wollen hier vor aller Welt den Umfall dieser deutschen Parteien feststellen und aufzeigen, daß es die deutschen Landbändler, Christlichsozialen und Gewerbetreibenden sind,

Rüftet zum Kindertag!

welche jetzt für diese unerhörten Steuerleistungen stimmen. Wir wollen das Volksgesicht aufrufen, damit es sein Urteil über diesen unerhörten Verrat fälle. Selten ist in der Geschichte politischer Parteien die Frelone so weit getrieben worden. Für uns bleibt die Parole: Keinen Groschen einer Regierung, insofern uns nicht die natürlichen und gesetzlichen zustehenden Rechte gewährt werden! (Beifall und Hände klatschen.)

Der Branger, den die Christlichsozialen, sich selber bauten!

Im April schwor ihr Hauptorgan: Keine deutsche Stimme für Kongrua, Zölle und Beamtengeiz, solange es keine gemischtnationale Regierung gibt!

Die Christlichsozialen und ihre Presse, vor allem ihr Prager Hauptorgan „Deutsche Presse“, bemühen sich jetzt Tag für Tag, ihre Mehrheitspolitik mit dem tschechischen Bürgerstum nicht nur als nützlich, sondern auch als das einzig Notwendige hinzustellen. Sie, die schuldigen Erwärger aller sozialer und nationaler Interessen, wollen jetzt täglich mit allem Aufwand pfäffischer Beredsamkeit dem Volke einreden, daß ihr Helfersbessertum für die rechte tschechische Beamtenregierung Cerny Recht und Pflicht sei, ob sie nun dreißig Silberlinge oder gar nichts an nationalen Zugeständnissen dafür eintauschen. Ganz zu schweigen davon, daß man etwa erst mitregieren und mitbestimmen müsse, ehe man mitstimmt.

Wir verlangen eines: Die deutschen Stimmen sind nicht zur Rettung der Koalition zu haben, nicht für ein freundliches Lächeln und einen Händedruck — sondern nur gegen die Teilnahme an der Macht in dem uns gebührenden Maße. Was eine tschechische Regierung Cerny nicht vermag, soll nur eine gemischtsprachige Regierung vollbringen.

„Nur gegen die Teilnahme an der Macht“, „nur eine gemischtnationale Regierung“, „zur Rettung der Koalition nicht zu haben“, „nur gegen das Mitbestimmungs- und Mitregierungsrecht“ und so weiter! Also hieß es vor acht Wochen. Das Gegenteil von dem, was die Christlichsozialen damals predigten, tun sie nun schon seit drei Wochen! Für alle drei Gesetze und noch für etliche mehr stimmen sie, retten das System, das heute so wie damals Herr Cerny repräsentiert. Ohne daß sich auch nur ein Deut geändert hätte, „lassen sie sich zur Rettung der tschechischen Regierung gebrauchen“, ohne Teilnahme an der Macht, ohne mitzuregieren, ohne auch nur das geringste nationale Zugeständnis erhalten zu haben!

Wir wollten, daß dieser April-Artikel der „Deutschen Presse“ in Zehntausenden unter den Wählern der Christlichsozialen verbreitet würde. Dann wären wir eines vernichtenden Urteils über diese Lügenpolitik und diesen erbärmlichen Volksbetrug sicher.

Für heute haben wir uns gegen diese Politik und Haltung als Polemik, die aber schon mehr einer schallenden Ohrfeige gleicht,

fene Ausführungen angeschlossen, die im April dieses Jahres in einem Leitartikel der „Deutschen Presse“ selber zu finden waren.

Es sei wörtlich und in seiner ganzen Breite hiehergesetzt, was das liberale Blatt damals auf die Frage, ob deutsche Stimmen sich für Zölle, Kongrua usw. finden dürften, antwortete:

„Was ist für uns besser? — Mit uns die drei Gesetze oder — ohne uns der Fall des Systems. — Das letztere!

Hier steht eben das ein, worauf wiederholt verwiesen wurde: die wirtschaftliche und die nationale Betrachtung. Wirtschaftlich verlangen wir wohl ebenso dringend den einen wie den anderen und den dritten Punkt. National aber müssen wir erkennen, daß diese Punkte zum Grabstein der Koalition werden können und zur Plattform, auf der ein neues Leben in diesem Staate beginnen kann.

Wer hat da noch den Mut, nicht für das letztere zu sein?!

Aber was werden die Beamten, die Geistlichen, die Landwirte dazu sagen? Was der tschechische Beamte sagen würde, wäre: wir müssen einsehen, daß die tschechische Koalition auf die Dauer regierungsunfähig ist, daß sie vor allem dort versagen muß, wo wirtschaftliche Fragen zu lösen sind. Wir sehen ein, daß wir eine Regierung aller Völker dieses Staates fordern und ermöglichen müssen! Der deutsche Beamte würde sagen: Die Tschechen wollten allein regieren und haben uns in Elend und Not hineingeregert! Nun muß eine andere Regierung kommen, eine Regierung, die uns geben kann, was wir zu verlangen ein Recht haben!

Und ebenso wie der deutsche Beamte würde und mühte der deutsche Geistliche und deutsche Bauer sprechen und sie könnten es leichtens Herzens tun, denn nicht nur das nationale Belange wäre gerettet, sondern — die wirtschaftlichen Wünsche ebenfalls! Ja, auch sie!

denn was wir Deutsche einer tschechischen Regierung verweigern müssen, das können und werden wir der Regierung geben, der wir selbst angehören!

Entscheidet Euch —

Vermag die tschechische Koalition die Fragen nicht allein zu erledigen, dann dürfen wir deutsche Stimmen nicht zu ihrer Rettung, zur Rettung der tschechischen Regierung gebrauchen lassen!

Vermag es die tschechische Koalition nicht, dann ist der Zeitpunkt gekommen, da wir Deutsche unsere Macht und Kraft und Arbeit hergeben können, gegen das Mitbestimmungs- und Mitregierungsrecht!

Die tschechische Koalition steht auf Kosten der Anträge gänzlich zum Falle zu bringen, heißt nicht, auch die Anträge selbst vernichten, sondern nur, sie auf einige Wochen, einige Monate verschieben um sie dann um so sicherer zum Gesetze erheben und erfüllen zu können!

Nur einige Monate! — das ist das ganze Opfer, das der völkische Gedanke heute vom Volke verlangt! — Ist das zu viel gefordert, Ist dieser Preis zu hoch für das, was dadurch erreicht werden kann? Die Entscheidung liegt bei den Volksvertretern. Schwer ist die Frage, vor der sie stehen, bedeutungsvoll für eine lange Zukunft der Nation, den sie tun. Wir werden ihre Entscheidung in jedem Falle achten, doch

Unser Zollkampf.

Wichtige Massenkundgebungen in Westböhmen.

Karlsbad, 22. Juni. (Eigenbericht.) Die tiefe Erregung, die in den breiten Schichten der Bevölkerung über das Zollattentat der Besitzenden herrscht, fand heute neuerdings in einer Reihe wichtiger Demonstrationen in den Industriezentren Westböhmens Ausdruck. Die Massenkundgebungen, die in den Bezirken Falkenau und Elbogen durch völlige Arbeitsruhe unterstützt wurden, ließen über die Stimmung des Proletariates keinen Zweifel.

In Karlsbad.

Auf dem großen Schulplatz vor dem unteren Bahnhof in Karlsbad hatten sich nach Arbeitschluss, in geschlossenen Zügen direkt aus den Betrieben kommend, viele tausend Arbeiter eingefunden, die den Platz und die nächsten Straßen erfüllten. Unter stürmischen Beifall sprach Abgeordneter Genosse de Witte, dessen Ausführungen oft von treffenden Zurufen unterbrochen wurden. Als er zum Schluss die Forderung nach Beseitigung der Regierung Cerny und Befragung des Volkes in Neuwahlen erhob, lohnte ihn langanhaltender Beifall und nicht gerade schmeichelhafte Zurufe über die Beamtenregierung wurden laut. Auch die beiden anderen Redner, der Kommunist Appelt und Genosse Herblitschka, fanden reichen Beifall. Die Resolution, die auch den sozialdemokratischen Abgeordneten für ihre Haltung in dem Kampfe das Vertrauen ausdrückte, fand einstimmige Annahme.

In Falkenau.

wurde die von unserer Partei gemeinsam mit den Gewerkschaften veranstaltete Demonstrationssammlung zu einer wichtigen Massenkundgebung der gesamten Arbeiterschaft des Bezirkes. Um 12 Uhr wurde in allen Betrieben und auf allen Schächten die Arbeit eingestellt und in geschlossenen Zügen kam ein Verkehr um den andern zur Versammlung, so daß zu Beginn der Versammlung gut 6000 Personen anwesend waren. Das Referat erstattete Genosse Kab, so dann sprachen der Kommunist Zoufaly und für die tschechischen Sozialdemokraten der Bergarbeiter Pradsky, alle unter stürmischem Beifall, gegen die Zölle und erhoben Protest gegen das Verhalten der kapitalistischen Parteien.

Die Fürstentumschädigung

steht zur Verhandlung.

Berlin, 22. Juni. (Eigenbericht.) Im Rechtsausschuss des Reichstages haben heute die Beratungen des von der Regierung vorgelegten Entwurfs über die vermögensrechtliche Abfindung zwischen den deutschen Ländern und den Fürsten begonnen. Die Sozialdemokratie hat sich ihre Stellung noch vorbehalten; sie tritt für die Auflosung des Reichstages ein.

Briands Verhandlungen.

Paris, 22. Juni. (Eigenbericht.) Die neuen Versuche Briands, ein Kabinett zu bilden, stoßen auf die größten Schwierigkeiten. Bisher ist es ihm noch nicht gelungen, einen Finanzminister zu finden. Poincare ist bereits erkrankt, ebenso die Kandidatur des Herrn Doumer. Man rechnet damit, daß Briand die Regierungsbildung wieder zurücklegen und Herriot den Versuch unternehmen wird.

In Elbogen

hatten sich nicht weniger als 8000 Männer und Frauen versammelt, um gegen die Hungerzölle zu protestieren; eine solche Menschenmasse hatte der Marktplatz seit langem nicht mehr gesehen. Bis aus den letzten Dörfern und Weilern kamen die Leute, um ihren Unwillen über die weitere Verschlechterung ihrer Lebenshaltung zum Ausdruck zu bringen. Das Referat erstattete Genosse Kab aus Falkenau, nach ihm sprach der kommunistische Abgeordnete Wüsch. Als der Vorsitzende bereits die Versammlung geschlossen hatte, wollte noch einer unserer Genossen einige Worte an die Versammelten richten, was der Regierungsvertreter nicht zuließ. Es entstand eine ziemliche Erregung. In diesem Augenblick bestieg ein bisher unbekannter die Tribüne und sprach trotz wiederholter Aufforderungen des Regierungsvertreters weiter. Dieser verließ hierauf die Tribüne und ließ die in der Gendarmerie kasernierte Bereitschaft stehen. Die Gendarmerie in der Stärke von zwölf Mann anmarschieren. Es ist klar, daß durch diese unverantwortliche Provokation sich die Erregung der Massen zur Siebehöhe steigern mußte. Auf das stürmische Verlangen der Demonstranten mußten die Gendarmen zurückgezogen werden; aber auch dann dauerte es noch lange, bis die Ordnung der Demonstranten zur Räumung des Platzes bewegen konnten.

In Klösterle

verbot die politische Behörde die Versammlung, weil die Gemeinde nicht um die Ueberlassung des Marktplatzes gestraft worden war. Trotzdem hatten sich über 1300 Arbeiter auf dem Marktplatz eingefunden, wo die Genossen Rohner und Zinke referierten, deren Ausführungen stürmischen Beifall ernteten und von dem kommunistischen Redner Schuber unterstrichen wurden. Während der Verlesung der Resolution wurde dann die Auflösung der verbotenen Versammlung ausgesprochen.

In Pöfelberg.

fand bereits Sonntag vormittags eine von unserer Partei gemeinsam mit den Kommunisten abgehaltene Protestversammlung statt, die sehr gut besucht war und einen eindrucksvollen Verlauf nahm. Beiden Rednern, die treffend aufzeigten, wie die Reaktion planmäßig in diesem Staate darauf hinarbeitet, die Arbeiter völlig wehrlos zu machen, wurde lebhafter Beifall gezollt. Den Aushungerungsplänen der Regierung wird das Proletariat entschlossenste Abwehr entgegenstellen.

Rücktritt des Sejmarschalls Rataj.

Warschau, 22. Juni. Sejmarschall

Rataj richtete heute an den Vizemarschall des Sejm, Abgeordneten Daszynski, ein Schreiben mit der Mitteilung, daß er sein Marschallamt niederlege. Rataj ersucht den Abgeordneten Daszynski, den Sejm über seinen Entschluß in Kenntnis zu setzen und das Amt des Marschalls bis zur Neuwahl seines Nachfolgers zu versehen. Sejmarschall Rataj bemerkt in dem Briefe, daß er den Rücktrittsentwurf schon vor längerer Zeit mit Rücksicht auf seinen schlechten Gesundheitszustand gefaßt habe. Zur Beschleunigung seiner Entschließung haben die unerhörten und unbegründeten Angriffe eines Teiles der Presse gegen seine Person beigetragen.

Der tschechische Agrarier Pestket sucht die Spiritusversteuerung ausschließlich auf die Steuern zu schieben, die vor dem Kriege 170 Prozent des Verbrauchspiritus, heute aber 420 Prozent betragen. Die genossenschaftlichen Brennereien bekämen in den beiden letzten Jahren pro Hektoliter 100 bis 200 Kronen weniger, als die Selbstkosten ausmachen und verlorern demnach bei jedem Zentner verarbeiteter Kartoffeln 5 bis 8 Kronen (?).

Nach dem Kommunisten Jilek spricht Krebs (d. Nat.-Soz.), der angesichts der erhöhten Einnahmen durch die Zölle eine weitere Belastung der Bevölkerung für überflüssig hält.

Retolich (tsch. Nat.-Soz.) erklärt, seine Partei müsse gegen die Vorlage stimmen, da sie der notleidenden Bevölkerung nicht noch weitere indirekte Steuern aufbürden könne.

Nemes (tsch. Soz.-Dem.) übt an der Wirtschaft der Spirituszentrale scharfe Kritik und erklärt, daß der Agrarier Dr. Radina als außerordentliche Entlohnung 150.000 Kronen aus Spiritusgeldern erhalten habe.

Burival (tsch. Soz.) trauert der alten Koalition nach, da am Horizont bereits die Konturen einer neuen tschechisch-deutschen Regierungsmehrheit erscheinen.

Meißner (tsch. Soz.-Dem.) bedauert, daß die Regierung zu den Zöllen und zu der Kongrua keinen selbständigen Standpunkt eingenommen habe. Die Deutschen hätten ungeduldig auf den Zerfall der allnationalen Koalition gewartet und hätten nur das Ziel, diese Koalition auch für die Zukunft unmöglich zu machen. Als die Koalition auseinanderging, habe man mit der Möglichkeit ihrer Wiederaufrichtung gerechnet; doch ginge dies keinesfalls so, daß die Tschechischbürgerlichen, wenn sie ihre Forderungen nicht durchsetzen können, die Koalition zerbrechen, ihre Forderungen mit einer anderen Mehrheit durchbringen und dann wieder das eheliche Zusammenleben mit den Sozialisten fortsetzen. Das könne seine Partei nicht mitmachen. Sie bleibe aber nach wie vor statisch erhalten und wolle auch in der Opposition mitarbeiten.

Die Debatte wurde hierauf unterbrochen und über eine Reihe dringlicher Interpellationen abgestimmt, denen von der Zölmehrheit die Dringlichkeit jedoch nicht zuerkannt wurde. Darunter befindet sich auch eine Interpellation des Genossen Dr. Czech über das Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten auf dem Hablicepfah sowie eine Interpellation des Genossen Toub über die Verbote der Matteotifizierung. Damit billigt also die Zölmehrheit das unerhörte Verhalten der Polizei! Interessant ist, daß die deutschen Landbändler in ihrer krankhaften Sucht, nur ja den tschechischen Bürgerlichen alle Wünsche von den Augen abzulesen, sogar eine Interpellation ihres eigenen Klubmitgliedes, des ungarischen Nationalparteilers Dr. Korlat ablehnten, der gegen die Absicht, einen Kongrua Karpathorufland zu schaffen, protestiert hatte.

Nächste Sitzung morgen, Mittwoch, um 2 Uhr nachmittags.

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen Donnerstag.

Prag, 268. 11.30: Landwirtschaftlicher Rundfunk und Fernschichtungen. 12: Zeitungslesung. 14: Dorfensnachrichten. 16.30: Nachmittagskonzert des R.-J.-Orchesters. Weitere Weisen und Tanzmusik. 1. Gruppe: Leichtes Ballett. Überläure. 2. Gruppe: Polka. 3. Gruppe: Polka. 4. Gruppe: Polka. 5. Gruppe: Polka. 6. Gruppe: Polka. 7. Gruppe: Polka. 8. Gruppe: Polka. 9. Gruppe: Polka. 10. Gruppe: Polka. 11. Gruppe: Polka. 12. Gruppe: Polka. 13. Gruppe: Polka. 14. Gruppe: Polka. 15. Gruppe: Polka. 16. Gruppe: Polka. 17. Gruppe: Polka. 18. Gruppe: Polka. 19. Gruppe: Polka. 20. Gruppe: Polka. 21. Gruppe: Polka. 22. Gruppe: Polka. 23. Gruppe: Polka. 24. Gruppe: Polka. 25. Gruppe: Polka. 26. Gruppe: Polka. 27. Gruppe: Polka. 28. Gruppe: Polka. 29. Gruppe: Polka. 30. Gruppe: Polka. 31. Gruppe: Polka. 32. Gruppe: Polka. 33. Gruppe: Polka. 34. Gruppe: Polka. 35. Gruppe: Polka. 36. Gruppe: Polka. 37. Gruppe: Polka. 38. Gruppe: Polka. 39. Gruppe: Polka. 40. Gruppe: Polka. 41. Gruppe: Polka. 42. Gruppe: Polka. 43. Gruppe: Polka. 44. Gruppe: Polka. 45. Gruppe: Polka. 46. Gruppe: Polka. 47. Gruppe: Polka. 48. Gruppe: Polka. 49. Gruppe: Polka. 50. Gruppe: Polka. 51. Gruppe: Polka. 52. Gruppe: Polka. 53. Gruppe: Polka. 54. Gruppe: Polka. 55. Gruppe: Polka. 56. Gruppe: Polka. 57. Gruppe: Polka. 58. Gruppe: Polka. 59. Gruppe: Polka. 60. Gruppe: Polka. 61. Gruppe: Polka. 62. Gruppe: Polka. 63. Gruppe: Polka. 64. Gruppe: Polka. 65. Gruppe: Polka. 66. Gruppe: Polka. 67. Gruppe: Polka. 68. Gruppe: Polka. 69. Gruppe: Polka. 70. Gruppe: Polka. 71. Gruppe: Polka. 72. Gruppe: Polka. 73. Gruppe: Polka. 74. Gruppe: Polka. 75. Gruppe: Polka. 76. Gruppe: Polka. 77. Gruppe: Polka. 78. Gruppe: Polka. 79. Gruppe: Polka. 80. Gruppe: Polka. 81. Gruppe: Polka. 82. Gruppe: Polka. 83. Gruppe: Polka. 84. Gruppe: Polka. 85. Gruppe: Polka. 86. Gruppe: Polka. 87. Gruppe: Polka. 88. Gruppe: Polka. 89. Gruppe: Polka. 90. Gruppe: Polka. 91. Gruppe: Polka. 92. Gruppe: Polka. 93. Gruppe: Polka. 94. Gruppe: Polka. 95. Gruppe: Polka. 96. Gruppe: Polka. 97. Gruppe: Polka. 98. Gruppe: Polka. 99. Gruppe: Polka. 100. Gruppe: Polka.

Berlin, 17.40: Einführung der Dr. Cyprien. Orchester in der Unterwelt! am 25. Juni. Uebertragung aus der Staatsoper: Boris Godunoff! Musikalisches Selbstbekenntnis von Dr. W. W. Korotki. — Weiblich. 19.30: Wohnungskultur. 20.15: Szenen aus Goethes Faust. — Wien. 20.15: Wiener Zumbentorchester.

Industriezölle und Zivnobank.

Aus der Rede des Gen. Dr. Heller in der vorgelegten Senatsitzung.

Genosse Heller untersucht zunächst die von den Zollparteiern vorgebrachten Gründe für die Notwendigkeit der Einführung von Agrarzöllen. Man ist uns zunächst den Gegenbeweis gegen unsere Behauptung schuldig geblieben, daß sich die Zölle verschieden auswirken werden, je nachdem es sich um kleine Landwirte oder größere Bauern und Großgrundbesitzer handelt. Nirgends in den vielen Ausschlußberichten über die Zollfrage wurde auch nur der Versuch gemacht, uns ziffernmäßig nachzuweisen, daß die kleinen Landwirte bis zu vier, fünf oder sechs Sektar Grund von den Zöllen profitieren.

Der Bericht des Landwirtschaftlichen Ausschusses führt wohl an, daß die Zölle keine Verteuerung im Gefolge haben müßten, weil die Getreide- und Viehpreise seit dem Vorjahr um 30 bis 46 Prozent (!) gefallen sind, infolge der Zölle aber nicht um so viel steigen werden. In Wirklichkeit sind die Viehpreise nicht um 30 oder gar 46, sondern um 5 bis 8% in dieser Periode gesunken. Man kann sich daraus eine Vorstellung von der „Verlässlichkeit“ solcher Angaben machen, die die Berichterstatter des Senates einfach kritiklos von den Agrariern übernehmen.

Auf die Intensivierung der Landwirtschaft haben die Zölle keinen günstigen Einfluß. Dänemark hat überhaupt keine landwirtschaftlichen Zölle und hat doch die intensivste Bodenkultur. Deutschland bezeichnete die größte Intensivierung der Landwirtschaft in der Aera Caprivi, der die Bismarckschen Hochschutzzölle vom Jahre 1878 wieder auf ein Mindestmaß herabsetzte. Auch im alten Oesterreich kann man seit dem Jahre 1906, seit wir die hohen Getreidezölle haben, gewiß nicht von einer Intensivierung der Produktion sprechen. Nirgends, weder in der Industrie, noch in der Landwirtschaft, trugen Zölle zur Intensivierung bei.

Es zeugt von volkswirtschaftlichem Analphabetismus, wenn man die Einschränkung der Einfuhr und noch dazu von Lebensmitteln, als wünschenswert erachtet. Ueber den Bedarf der Bevölkerung hinaus werden doch keine Lebensmittel eingeführt! Wenn durch die Zölle die Einfuhr von Lebensmitteln eingeschränkt wird, so bedeutet dies doch eine Einschränkung der Lebenshaltung der arbeitenden Menschen in diesem Staate. Die Arbeiter, Angestellten, Kleinlandwirte und Handwerker werden dadurch physisch geschwächt und das können sie doch nicht gut als „wünschenswerte Erscheinung“ hinstellen. Dies gilt umso mehr, als auch die Zölle auf Reis, Fische und Heringe erhöht werden, also auf Produkte, die im Inland überhaupt nicht erzeugt werden.

Ferner wird behauptet, Zölle seien notwendig, um den Abschluß von Handelsverträgen mit dem Ausland zu ermöglichen. Der Satz hat noch nicht dreimal geklärt und Ihre Behauptung ist schon widerlegt worden. Ungarn hat sofort erklärt, bei diesen Zöllen keinen Handelsvertrag abschließen zu können, und auch Deutschland hat bereits die Handelsvertragsverhandlungen mit Rücksicht auf die Zollvorlage abgebrochen. Auch die Vereinigten Staaten drohen wegen der Automobilzölle mit Repressalien.

Das fünfte und letzte Argument ist die Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung. Mit dieser Behauptung haben Sie allerdings nur bezüglich jener Kreise der Bevölkerung recht, die durch die Zölle gewinnen, das sind aber kaum acht bis zehn Prozent der Gesamtbevölkerung, während die restlichen 90 Prozent in ihrer Kaufkraft geschwächt werden. Es ist somit ein ganz einfaches Rechenexempel, ob man die Kaufkraft der gesamten Bevölkerung stärkt, wenn man diejenige von 90 Prozent der Einwohner schwächt und die von 10 Prozent hebt. Dieses Exempel werden vielleicht sogar Sie lösen können.

Die neuen Industriezölle.

Es ist leider Kollege Lutsch nicht da; wie ein Grammophon, das mit einer Platte da ist, er hier anlässlich der ersten Zolldebatte herumgefahren: „Schafft die Industriezölle ab und wir verzichten auf die Getreidezölle. Ihr Sozialdemokraten wollt die Industriezölle nicht abschaffen.“

Woher er diese Wissenschaft hat, weiß ich allerdings nicht. Doch hat sich im Laufe der Zollverhandlungen ein höchst sonderbares Resultat ergeben: Nachdem der Antrag Donat auf sechsfache Friedenszölle im Senat abgelehnt worden, haben sich die Herren im Abgeordnetenhaus unter völliger Aukerachtlung dessen, was bei uns beschlossen worden war, zusammengesetzt und

eine neue Zollvorlage

ausgearbeitet. Jetzt waren aber nicht nur die Parteifreunde des Herrn Donat dabei,

jetzt gestellte sich zu Herrn Dobia Herr Dvorakel, der Vertreter des Bankkapitals in dieser Republik, und Herr Sramel, der Führer der Merikalen. Und die haben gesagt: Agrarzölle nur dann, wenn ich, Dvorakel, Industriezölle und ich, Sramel, die Kongrua erhalten. Und so kam dieses Geschäft unter dem Antrag Masata zustande. Wo ist aber hier all das Gerebe: „Keine Industriezölle“ gelieben? Im Antrag Masata, der heute

auch hier zur Verhandlung steht, wird doch eine Reihe von Industriezöllen teils neu eingeführt, teils wesentlich erhöht. An die Stelle der Parole vom „Abbau der Industriezölle“ ist der gemeinsame Raubzug aller bürgerlichen Parteien gegen das arbeitende Volk getreten.

Sehen wir uns doch einmal die Industriezölle an, über die im Abgeordnetenhaus wie auch hier nicht viel gesprochen wurde; gerade sie bedürfen aber einer genauen Erörterung, um die man sich bisher herumgedrückt hat. Der Motivenbericht sagt über sie fast gar nichts, am wenigsten über ihre Auswirkungen, und auch unser Referent Sablik schreibt nur nahezu wörtlich das ab, was die andern schrieben. Dabei handelt es sich nicht nur um eine sehr wichtige, sondern auch um eine sehr schwierige Materie.

Nehmen wir einmal

die Kunstseide

her, und zwar die Zollliste „Kunstseide, gezwirnt und ungezwirnt“, die für die Einfuhr hauptsächlich in Betracht kommt; darauf soll ein Zoll von 24 Kronen pro Kilo eingeführt werden.

Untersuchen wir da einmal den Stand unserer Kunstseidefabriken in der Tschechoslowakei.

Im Jahre 1922 wurde die

Böhmische Glasstofffabrik Lobositz

gebaut. Das Aktienkapital beträgt 50 Millionen Kronen. Trotzdem diese Fabrik in den Jahren 1921—22, also in der teuersten Zeit, gebaut wurde und heuer dort wieder gebaut wird, weist die Bilanz vom Jahre 1924 schon einen Gewinn von 4,3 Millionen bei Abschreibungen von 3,1 Millionen aus; also wurde bereits im ersten oder zweiten Geschäftsjahre bei 50 Millionen Aktienkapital ein Gewinn von 7,5 Millionen erzielt. Die Gründer dieser Fabrik sind die Vereinigten Glasstoffwerke in Elberfeld.

die Zivnostenska banka,

die Ausrigger chemische Fabrik, die ebenfalls dem Zivnostenzentrum angehört, die Bodenkreditanstalt in Wien, die die Verwaltung ihrer Geschäfte in der Tschechoslowakei der Zivnostenska banka übertragen hat, und die Böhmische Eskomptebank, deren Aktien sich in der Mehrzahl in den Händen der Zivnobank befinden.

Man kann also sagen, daß die Zivnobank bei diesem Unternehmen ganz kräftig beteiligt ist.

Präsident des Verwaltungsrates dieser Fabrik ist Herr Preis, Oberdirektor der Zivnobank, Verwaltungsräte sind die Herren Horak von der Zivnobank und Feilchenfeld, Direktor der Böhmischen Eskomptebank.

Jetzt dürften Sie informiert sein, wer ein Interesse an dem Gedeihen der Glasstofffabrik in Lobositz hat!

Die zweite Fabrik ist die

Erste böhm. Kunstseidefabrik in Theresienthal,

die Ende des Jahres 1925 eine neue Filtrieranlage, ein eigenes Elektrizitätswerk und neue schöne Verwaltungsgebäude gebaut hat. Auch dieser Firma kann es also nicht so schlecht gehen, wenn sie so riesige Investitionen machen kann.

Eine dritte Fabrik befindet sich in Senica in der Slowakei, die allerdings nicht gut stehen soll, an der aber wieder die Zivnostenska banka ein lebhaftes Interesse hat!

Die Einfuhr an Kunstseide betrug im Jahre 1924 15.844 Zentner, die Ausfuhr 6328 Zentner. Sie sehen also, daß diese Fabriken bisher auch ohne Zoll schon ganz gut mit dem Ausland konkurrieren konnten, sonst hätten sie nicht fast ein Drittel ihrer Erzeugung ausführen können. Die Wirkung der Zölle wird die sein, daß die bessere belgische Seide, die bisher 70 K kostete, auf 94 bis 95 Kronen und unsere inländische Kunstseide von 80 auf 90 bis 92 K steigen wird. Bei dem ungeheuren Inlandsbedarf an Kunstseide für Strümpfe, Stoffe usw. werden alle diese Artikel um 10—12 K pro Kilo verteuert werden. Wie soll dann unsere Industrie im Ausland konkurrieren, wenn dort belgische Kunstseide 70 und unsere schlechtere Kunstseide über 90 K kosten wird! Durch diese Zölle schädigen sie unzählige inländische Fabriken, welche Strümpfe, Stoffe und Hemden erzeugen, in ihrer Konkurrenz mit dem Ausland und verteuern den gesamten Inlandskonsum um viele Millionen. Dann werden selbstverständlich diese Textilindustriellen kommen und eine Erhöhung ihrer Zölle verlangen. Das ist

eine Schraube ohne Ende

und der Leidtragende ist die Bevölkerung. Das ist Zolpolitik für die Zivnostenska banka und gegen die Bevölkerung des Staates! (Zustimmung).

Weiters werden, wie es in dem Ausschlußbericht so schön heißt,

die Zölle für Automobile

geregelt, zum Teil treten sogar „Ermäßigungen“ ein. Das ist alles, was wir in den Ausschlußberichten über die Automobilzölle finden. Das Mindeste wäre doch eine Berechnung gewesen, ob diese Zölle wirklich eine Ermäßigung oder eine Erhöhung bedeuten. Die Berechnung ist nicht leicht, weil bisher nach dem alten Zollgesetz vom Jahre 1921 für Automobile ein 65prozentiger Wertzoll, dagegen nach der neuen Vorlage ein Gewichtszoll eingeführt wird, zu dem nur noch ein 25prozentiger Zuschlag bei Automobilen kommt, die mehr als 80.000 K kosten. Wir haben vier große Automobilfabriken in der Republik.

Die Ceskomoravska-Kolben

hat in den letzten zwei Jahren nach sehr reichlichen Abschreibungen aus dem Gewinn das ganze Nominalkapital zurückgezahlt und weist im Jahre 1924

bei 16 Millionen Kapital einen reinen Verdienst von 1 1/2 Millionen

aus. Dieses übliche Ausmaß der Zollwucherer in diesem Staate soll nun durch die Zölle bereinigt werden. Präsident des Verwaltungsrates ist Herr Maril, der zufällig gleichzeitig Präsident der Zivnostenska banka ist, und im Verwaltungsrat sitzt natürlich wieder der Herr Oberdirektor Dr. Preis von der Zivnobank.

Die zweite Automobilfabrik ist

die Resselbörfer Waggonfabrik,

die die Tatrawagen erzeugt. Ihr Verdienst im letzten Jahre im Betrage von 1,7 Millionen resultiert jedoch nicht aus der Automobilfabrikation, sondern aus den übrigen Zweigen des Unternehmens, außerdem hat sie ungeheure Abschreibungen vorgenommen. Warum braucht diese Fabrik einen Zollsatz? Weil der Präsident Herr Dr. Ringhofer ist, der dem Zivnostenzentrum angehört, und Vizepräsident Herr Belohfibel, der zufällig auch Direktor der Zivnostenska banka ist.

Die dritte Automobilfabrik ist die Firma

Laurin und Klement,

die im Jahre 1925 mit den Skodawerken vereinigt wurde. Solange die Firma selbstständig war, war selbstverständlich Herr Dr. Preis ihr Präsident, und er ist gleichzeitig auch Vizepräsident der Skodawerke, mit denen sie jetzt fusioniert ist. Auch Herr Dr. Engliš saß im Verwaltungsrat; ich will annehmen, daß er im selben Moment, als er Finanzminister wurde, diese Stelle im Verwaltungsrat der Skodawerke niedergelegt hat.

Die einzige Autofirma, die nicht dem Zivnostenzentrum angehört, ist

die Walter-A.G.,

die kleinste von allen, die ihre Dividende auf 11 Prozent erhöhen konnte.

Und nun die Frage:

Bedeutet die neuen Autozölle eine Erhöhung oder nicht?

Die Berichterstatter sind uns diese Frage völlig schuldig geblieben. Ich habe folgendes erheben können: Der Hauptkonkurrent für Automobile ist Amerika, insbesondere die Firma Ford, ferner Frankreich und in dritter Linie Italien. Der Zoll auf eine Chassis eines Ford-Lastautos betrug bisher 7000 K, in Zukunft wird hierfür ein Gewichtszoll von 11.160 Kronen zu zahlen sein, also

eine Zollerhöhung von mehr als 4000 K.

Die Nachfrage nach diesen Autos war bisher so groß, daß das Kontingent schon erschöpft ist. Der Vertreter der Vereinigten Staaten hat schon mit Repressalien gedroht, weil die weitere Einfuhr von Lastautos verboten wurde. Wer in einem Zollkrieg mit Amerika den Kürzeren ziehen wird, können Sie sich wohl an den Fingern abzählen.

Bei einer Kategorie von Autos wird

der Zoll allerdings ermäßigt, nämlich bei den großen Luxusautos,

die 150.000 K und mehr kosten. Davon waren bisher 70—80.000 K Zoll. Dieser Zoll wird nunmehr um zirka 10.000 K ermäßigt, damit sich die Herren Bankdirektoren leichter solche Luxuswagen kaufen können.

Dagegen wird der Zoll auf Lastautos wesentlich erhöht,

da diese der Gewichtszoll wegen ihrer Schwere ganz besonders trifft. Ist das alles notwendig? Die inländischen Fabriken sind mit Aufträgen überhäuft, trotzdem hat man die neuen Zölle erfinden, damit diesen dem Zivnostenzentrum angehörigen Fabriken ein noch größerer Gewinn als bisher zufließt.

Eine dritte Kategorie von neuen Industriezöllen sind

die Zölle auf Kunstböinger.

Da stehe ich vor einem Rätsel, wie die Vertreter der agrarischen Parteien durch Zölle auf Kunstböinger ihre eigenen Produkte verteuern. Es wird uns dies aber klar, wenn wir uns anschauen, wo bei uns Kunstböinger erzeugt wird. Wir haben solche Fabriken in Kolín, Přerov, Seret, Schlan und Silein; die größte ist natürlich die Ausrigger Chemische.

Zum Konzern der Zivnobank gehört natürlich die Ausrigger Chemische, Silein und auch Schlan.

Wieder sitzen die Herren Dr. Preis, Belohfibel und als dritter im Bunde der Industriellensekretär Herr Dr. Dobas im Verwaltungsrat der Ausrigger Chemischen, die in den Jahren 1920—1924

Dividenden von 40—60 Prozent

verteilt hat. Jetzt wird uns klar, warum der Zoll auf Kunstböinger eingeführt wird!

Noch ein Fall: Unter den neuen Zöllen befinden sich auch

Zölle auf Traktoren,

also Maschinellen, die von der Industrie und Landwirtschaft häufig gebraucht werden. Traktoren werden im Inland bisher überhaupt nicht erzeugt, trotzdem wird so ein Traktor auf Grund des neuen Zolls ungefähr 8000 K mehr kosten als bisher. Deshalb macht man das? Ich habe bestimmt erfahren,

daß eine der Maschinenfabriken aus dem Zivnostenzentrum in Zukunft Traktoren erzeugen will und um sich von vornherein einen entsprechenden Profit zu sichern, wurde der Zoll auf Traktoren von Herrn Dvorakel durchgesetzt!

Jetzt ist uns klar, worin das Geschäft bestand. Auf Seite der Herren Nationaldemokraten, der Vertreter des Bankkapitals und des großen Industriekapitals, ist es in dieser Zollerhöhung auf Industrieprodukte gelegen, auf Seite der Herren Agrarier in den Lebensmittelzöllen und die frommen Herren bekommen die Kongrua.

So haben sich alle drei ohne Rücksicht auf die nationale Zugehörigkeit zum erstenmal in der Vertuschung des Volkes gefunden;

auf einmal waren alle nationalen Gegensätze vergessen. Wir haben noch eine neue Zuder- und Spiritussteuer zu erwarten, das neue Mieterschutzgesetz mit unerhörten Zinssteigerungen bis zu 350 Prozent im Laufe von 7 Jahren ist bereits vorgelegt und wir haben schon einen Begriff von dem, was die neue Steuerreform bringen wird. Gott behüte uns auch vor dem neuen definitiven Zolltarif, wenn er von dieser Mehrheit beschlossen werden wird.

Das Schauspiel, das die Deutschbürgerlichen heute der Öffentlichkeit bieten, ist wohl das schandvollste, das es je gegeben. Sie sind heute Lakaien der tschechischen Regierung geworden, apportieren die Steuern und alles, was die Regierung will, und werden sogar die 18monatige Militärdienstpflicht bewilligen. Unsere Abrechnung mit diesen Herrschaften wird keine milde sein, darauf können sie sich gefaßt machen. Welche ungeheure Enttäuschung muß sich des Volkes bemächtigen, das auf die Demokratie seine höchsten Hoffnungen gesetzt hat und nun sieht, daß in einem Parlament, das auf Grund des allgemeinen gleichen Verhältniswahlrechtes gewählt ist, eine Großbank so diktiert, wie die Zivnostenska banka. Vergewaltigen muß das Volk an dieser Demokratie!

Wir betrachten diese Vorlage als ein Attentat auf das physische und geistige Wohl der Arbeiterschaft im weitesten Sinne des Wortes. Wir werden diese Vorlage nicht nur mit aller Entschiedenheit bekämpfen und gegen sie stimmen, sondern auch von dem Tage, an dem Sie beschlossen werden, unseren Kampf gegen die Zölle in verstärktem Maße fortsetzen! (Lebhafte Beifall und Handklatschen.)

Englische Regierungsentwürfe zur Kohlenfrage.

Verlängerung der Arbeitszeit. — Fusion von Gruben.

London, 22. Juni. (A. N.) Heute wurden die Texte der beiden Regierungsentwürfe, die sich mit der Kohlenindustrie befassen veröffentlicht. Der erste dieser Entwürfe ändert die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen dahin ab, daß in der Zeit von fünf Jahren seit dem Tage der Annahme des Entwurfes die Arbeitszeit in den Gruben über sieben Stunden hinaus verlängert werden kann.

Der zweite Regierungsentwurf über die Reorganisation der Kohlenindustrie ist ausführlich und detailliert. Sein Zweck ist die Ermöglichung einer vollständigen oder teilweisen Fusion der Grubenwerke. Die Grubenbesitzer, die im Interesse der größeren Leistungsfähigkeit ihrer Gruben zu einer Fusion ihrer Unternehmungen mit anderen Gruben bereit sind, deren Eigentümer aber dieser Fusion nicht zustimmen, können dem Handelsministerium einen entsprechenden Antrag unterbreiten. Das Handelsministerium wird die vorgelegten Anträge prüfen und sie der Eisenbahn- und Kanalkommission zuweisen, die nach Erwägung aller Einwendungen nur jene Anträge bestätigt, aus denen ein Nutzen für die Allgemeinheit erwächst und deren Bedingungen gerecht und zweckentsprechend sind.

Im Schlußartikel des Entwurfes wird jede Gesellschaft, die Eigentümerin von Kohlengruben ist, ermächtigt, ohne Rücksicht auf etwaige Bestimmungen ihrer Statuten einen Plan aufzustellen, der den Arbeitnehmern eine Beteiligung am Reingewinn sichert.

Tages-Neuigkeiten.

Handeln!

Es war auf dem Wohlfahrtsamte, dieser wahren Studienanstalt für Heruntergekommenen, Not und Elend.

Voll, gedrängt voll die Gänge. Stumm und absteif in dem herzergründend demütigen Bangen wahren, wirklichen Elends, ein großer, ansehnend noch junger Mann mit einem Kinde, einem kleinen Mädchen.

Der Mann: hager, daß die abgetragenen Kleider nur so an ihm schlottern, bleich, verhärtet. Die Hände die gealtert und verarbeitet in der unarmherzigen Fron des Werttags, die Augen tief gehöhlt, voll wehen Brennen des Hungerns.

Das Kind: alle Merkmale einer Elendsgeburt. Zurückgeblieben körperlich und geistig, sich an den Vater klammernd wie an äußerster Hilfe.

Furchtbarer Anblick. Und eine selbst ganz verhärmte Frau sagte leise, als wäre Sterbendes in der Nähe: „Ein armer Vater mit einem armen Kind.“ Und alle erschauerten. Fast wollte ihr eigenes Leid ihnen gering vorkommen, gemessen an diesem. Und tragen alle doch ihr volgerüttelt Maß an Not und Entbehrung, die da vor den Hilfsämtern herumstehen und auf Einlaß harren wie auf Erlösung. So vollgerüttelt, daß ihre Kraft nicht mehr die Wage hält, daß sie zerbrechen wollen daran. Und dennoch das heiße, überstehende Mißgefühl. „Ein armer Vater mit einem armen Kind!“

Alles Opfer einer grausamen Wirtschaftsordnung. Opfer einer dreijährigen Weltkatastrophe. Die Schuldigen an dieser Katastrophe aber sitzen geborgen und sicher. Wissen nichts von Mitleid. Wollen nichts davon wissen. Weichen dem Elend aus wie giftigem Gewürm. Sehen mit fahlem Verächeln darüber hinweg, sagen: „Erst muß jeder für sich sorgen“, und ergötzen sich in Selbstgelagen.

Wem hallt sich noch nicht die Frau? Wem ist es noch nicht zu viel? „Ein glücklicher Vater mit einem glücklichen Kind.“ So sollte es heißen. Und jeder ist ein Teil der Kraft, die solches zu schaffen vermag. Nur Tätigsein, nur handeln!

Die Auliger Hilfsfortbildungsschule.

Hilfsschullehrer A. G. Reiter schreibt uns unter anderem:

Im Schuljahr 1923-24 wurde durch die Bemühungen der Direktion der gewerblichen Fortbildungsschule und der Auliger Hilfschule eine Hilfsfortbildungsklasse errichtet, deren Aufgabe es war, die aus der Hilfschule entlassenen Knaben einer weiteren Fortbildung zu unterziehen. Nach Ablauf des ersten Schuljahres wurde über die befriedigenden Erfolge in der Klasse an das Ministerium für Schulwesen und Volkshochschule berichtet und gleichzeitig um die Bewilligung zur Errichtung einer zweiten Klasse angefragt, die auch vom Ministerium genehmigt wurde, so daß bereits in zwei Klassen unterrichtet werden konnte. Der angestrebte organisatorische Aufbau ähnlich der allgemeinen gewerblichen Fortbildungsschule in drei Klassen konnte jedoch wegen der hierzu notwendigen Schülerzahl nicht erreicht werden, weshalb die zweite Klasse in zwei Abteilungen gegliedert wurde.

Die Notwendigkeit derartiger Sonderklassen hat man bereits früher erkannt, die Errichtung von Hilfsfortbildungsschulen ist eine alte Forderung der Hilfsschullehrer und in Staaten mit hochentwickeltem Schulwesen bestehen seit Jahrzehnten Hilfsfortbildungsklassen. Unsere Schule ist die erste in dieser Kategorie der Schulen im sudetendeutschen Gebiet.

Der aus der Hilfschule entlassene Knabe muß die Möglichkeit einer weiteren Fortbildung haben, wenn nicht das in der Schule erworbene Wissen und Können wieder verloren gehen soll, andererseits muß der Lehrknabe neben seiner praktisch-beruflichen Ausbildung eine theoretische Unterweisung und Schulung bekommen, die seiner bisherigen Ausbildung entspricht; und in der Methode des Unterrichtes auf die geistigen Gebräuche Rücksicht nimmt. In zwei mal zwei Wochenstunden besuchen die Lehrknaben den Unterricht in den gewerblich-kaufmännischen Fächern in den Räumen der Auliger Hilfschule, wo auch die notwendigen Lehr- und Lernmittel zur Verfügung stehen, während sie im Zeichnen und Fachunterricht vom Meister gelehrt werden. Durch diese Unterrichtsverteilung soll der Lehrjunge das Handwerk gründlich erlernen und später imstande sein, das Gewerbe selbständig auszuführen.

Die Hilfsfortbildungsschule ist nicht nur eine Unterrichtsanstalt, sondern auch eine Fürsorgestätte von nicht zu unterschätzender sozialer Bedeutung. Die Schüler unserer Fortbildungsschule unterstehen unserem Einfluß zwischen dem 14. und 18. Lebensjahre. Wir wissen, welchen Gefahren der Knabe in diesen Jahren ausgesetzt ist, welche Umwälzungen in der körperlichen Entwicklung, welche Wandlungen im Gefühle, Willens- und Vorstellungsbereich da vor sich gehen. Gerade unsere Schüler lassen sich oft durch Wort und Beispiel anderer leiten und beeinflussen. Psychopathisch veranlagte Jungen und Mädchen sind in der Pubertätszeit in besonders großer Gefahr. Es können allerlei Geistesstörungen, Jugendirrese, Neurasthenie zum Ausbruch kommen. Eine vernünftige Lebensweise und Erziehung wird auch hier imstande sein, manche Gefahr abzuwenden.

Die Hilfsfortbildungsschule ist nicht nur eine Einrichtung für die Lehrknaben der verschiedenen Gewerbe, sondern sie muß auch eine Sammelstätte für jene Knaben sein, die mangels freier Lehrstellen noch beschäftigungslos sind oder arbeitslos geworden sind. Einflüßvolle Eltern haben unseren Belehrungen Folge geleistet und ihre Kinder dieser Fürsorgeeinrichtung anvertraut. Wenn wir

Die furchtbare Handgranatentatstrophe bei Poprad.

Zwei Tote und acht Verwundete. — Unter den Opfern stehen Reservisten.

Wir brachten am Sonntag die Meldung, daß bei einer Übung im Handgranatenwerfen sieben Mann, und zwar fünf Soldaten und zwei Offiziere des Gebirgsbataillons Nr. 7 in Poprad verwundet worden seien.

Das gestrige „Pravo Lidu“ meldet nun, daß das Unglück zwei Todesopfer forderte und die Zahl der Verwundeten acht beträgt. Die zwei Toten sind Soldaten.

Zu dem Unglück selber erhielten wir von einem Genossen aus Matejowce in der Zips einen Brief folgenden Inhaltes:

Da in Poprad, wo das Gebirgsbataillon Nr. 7 liegt, kein Terrain für Schützengräben vorhanden ist, wählte das Kommando den von Poprad vier Kilometer weit entfernten Madorfer Wald als Übungsgelände. Mittwoch, Donnerstag und Freitag der vorigen Woche wurden unaufhörlich Handgranaten geworfen, Krach auf Krach ertönte, so daß die Bevölkerung der Umgebung den richtigen Begriff davon erhielt, zu welchem Zweck die Steuergelder verpulvert werden. Während wir Arbeiter, schreibt der Genosse, hungern müssen, werden Tausende und aber Tausende für den Militarismus hinausgeworfen. Nicht genug damit, riskieren die Menschen, mitten im Frieden, ihre Gesundheit und ihr Leben für den Militarismus. Freitag um zehn Uhr vormittags kreierte eine der Handgranaten so, daß das entsetzliche Unglück entstand. Ob es auf Unvorsichtigkeit, Nachlässigkeit oder Ungeschicklichkeit zurückzuführen ist, kann erst durch eine Untersuchung festgestellt werden. Nach den Informationen unseres Gewährsmannes sollen sieben der Opfer Reservisten sein. Als besonderes Charakteristikum, wie mit Menschenleben umgesprungen wird, führt unser Berichterstatter noch die Tatsache an, daß die Verwundeten erst zweieinhalb Stunden nach dem Unglück ins Spital gebracht wurden. Die Nachricht von der Katastrophe löste bei der Bevölkerung von Madorf ungeheure Erregung aus und man verlangt mit allem Nachdruck eine Untersuchung des schrecklichen Geschehnisses. Die Menschen haben es satt, daß verheiratete Männer nicht nur zu Waffenübungen ihren Familien entzogen werden, die 28 Tage Not zu leiden gezwungen sind, sondern auch die Gefahr auf sich nehmen müssen, bei dieser Kriegsspielerei zerstückt zu werden.

So weit unser Berichterstatter, der, als er uns am Freitag diesen Brief schrieb, noch gar nicht wußte, daß zwei der Unglücklichen auf diesem Felde der Ehre ihr Leben gelassen hatten. Die gesamte arbeitende Bevölkerung wird sich ohne Zweifel dem leidenschaftlichen Protest der durch die Katastrophe betroffenen Familien anschließen und wir fordern mit aller Entschiedenheit, daß der Minister für nationale Verteidigung den Volksvertretern über dieses Unglück Rede stehe. Unsere Genossen im Parlament werden an den Minister eine konkrete Anfrage in diesem Sinne richten.

gest nach dreijährigem Bestande der Hilfsfortbildungsschule unsere Lehrknaben hinauswandern sehen, und wenn der Tischler, der Maler, der Binder in wenigen Wochen als Gehilfe bereits imstande ist, sein Brot selbst zu verdienen, dann ist auch unsere Aufgabe erfüllt und unser Ziel erreicht.

Staatsgefährlich. Der Turnverein in Schaiba erhielt von der politischen Bezirksverwaltung Leipa folgenden Auftrag:

„Es wurde zur Anzeige gebracht, daß sie im Gasthause des Wlsh. Wolf ein Bild mit der Aufschrift: „Die Gefallenen im März 1919 in Raaben“ aufgehängt haben. Nach § 1 des Gesetzes vom 14. März 1920 fordere ich Sie auf, dieses Bild samt Aufschrift binnen vierzehn Tagen zu entfernen, weil es an ein staatsfeindliches Ereignis erinnert. Gegen diesen Bescheid usw.“

Damit ist die Erinnerung an den 4. März ausgelöscht... Gleichzeitig geht durch die Presse die Nachricht, daß auch das Lied: „Egerländer, halt's Ent' zusammen“ verboten wurde. Wir hätten nicht gedacht, daß die Tschechoslowakei nicht einmal dieses schöne Marschlied auslöscht! Vielleicht geben sich die Behörden mit einem etwas geänderten Text zufrieden? Zum Beispiel: „Egerländer, halt' Ent' zrud...“

Kaufleute gegen die Zölle. In der letzten Sitzung des Rates der Prager Produzentenbörse kam es zu einer lebhaften Debatte über die Zölle in der die Vertreter der Kaufmannschaft sich einmütig gegen die Zölle aussprachen und ihre Einführung verurteilten, weil sie eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens der Republik bedeutet. Die Vertreter der Agrarier waren infolge des Vorgehens der Kaufleute sehr empört und es kam zu erregten Auseinandersetzungen, im Verlaufe deren die Kaufleute beschimpft wurden. Daraufhin entfernten sich die Kaufleute aus dem Börzenrat, mit ihnen der Vorsitzende der tschechischen Großkaufmannschaft Lutzig. Daraus ersieht man am besten, wie wenig die polizeirechtliche Politik der Gewerkschaften den Interessen und den Wünschen der Kaufleute entspricht.

Das Ende der Gerichtsverfahren? Die Troppauer „Volkspresse“ veröffentlichte im Vorjahr eine Notiz, in der über eine Gerichtsverhandlung berichtet und der Ausspruch des Angeklagten reproduziert wurde, daß an all den ihm zur Last gelegten Verbrechen einzig und allein seine Frau schuld sei. Durch diesen Satz fühlte sich die Frau des Angeklagten beleidigt und brachte gegen die „Volkspresse“ die Klage ein; das Troppauer Schöffengericht mußte selbstverständlich mit einem Freispruch vorgehen, da es sich bloß um die Wiedergabe einer Äußerung handelte, die in einer Gerichtsverhandlung tatsächlich gefallen ist. Die Privatklägerin richtete nun gegen diesen Freispruch die Nichtigkeitsbeschwerde an den Obersten Gerichtshof, der gestern über die Sache zu verhandeln hatte. Das Oberste Gericht gab der Nichtigkeitsbeschwerde statt, hob den Freispruch auf und ordnete eine neuerliche Verhandlung an. In der Begründung wird gesagt, die Tatsache, daß in einem Gerichtsverfahren ein Ausspruch gebraucht wurde, sichere noch nicht dem Redakteur Strafflosigkeit zu, der diesen Ausdruck zum Abdruck bringt! — Wenn wir also jetzt den Namen der Frau nennen oder „auf sie passende Kennzeichen“ gebrauchen wollten, würden wir straffällig werden. Wers nicht glaubt, der verschafft sich die Urteilsbegründung des Obersten Gerichtshofes!

Bestimmteste Bedingungen für Bewerber um Arbeit in Frankreich. Vom Landeszentralarbeitsamt in Prag wird amtlich verlautbart: Bei den im Ministerium für soziale Fürsorge mit den französischen Vertretern geführten Verhandlungen wurden auch einige Änderungen des bisher

gültigen Vertrages vereinbart. Für die Arbeiterschaft ist davon am wichtigsten die Vereinbarung betreffend den Ersatz der Reisekosten. Künftig hat der Arbeiter die Bahnfahrtauslagen vom tschechoslowakischen Sammelpunkt (Prag) bis in die Verteilungsstation in Frankreich (Loul) selbst zu zahlen. Bleibt er in Arbeit bis zum vereinbarten Termine, so erhält er diese Reiseauslagen vom Arbeitgeber ersetzt. Dergleichen sind diese Auslagen mit 200 Frank pauschaliert. Hat der Arbeiter nicht die notwendigen Mittel, so zahlt der Arbeitgeber das Reisegeld für ihn vorstufenweise und zieht sich dann bei der Lohnauszahlung bis zehn Prozent vom Lohne bis zu dem pauschalierten Betrage von 200 Frank ab. Hält der Arbeiter den Vertrag ein, so bekommt er diesen Betrag beim Austritte zurück. Der bisher ausgezahlte Beitrag für die Rückreise (nach drei Monaten 25 Frank, nach sechs Monaten 50 Frank, nach neun Monaten 75 Frank und nach einem Jahre 100 Fr.) entfällt überhaupt. Diese neue Vereinbarung tritt bereits für die ab 1. Juli i. V. verpflichteten Arbeiter in Kraft. Arbeitersachblätter werden um Veröffentlichung dieser für jeden Bewerber um Arbeit in Frankreich wichtigen Rundmachung ersucht.

Großer Erdbeben in Mittelgebirge. Die außerordentlich starken Niederschläge der letzten Zeit haben in der Nähe von Lučov im Mittelgebirge zu einer Elementarkatastrophe geführt. In einer Länge von ungefähr 250 Metern geriet am Donnerstag ein Gelände von ungefähr 35 Strich Ausdehnung, zumeist Wiesen und Felder, in Bewegung. Durch die Verschiebung dieser gewaltigen Erdmassen sind natürlich alle darauf befindlichen Kulturen nahezu vollständig vernichtet. Die Breite des Risses betrug Sonntag bereits nahezu 10 Meter. Da auch die Wasserläufe verschüttet worden sind, mußten die Feuerwehren von Lušov, Radostevitz und Stepanov eingreifen, um Ueberschwemmungen zu verhüten. Die Bewegung der Erdmassen ist auch Sonntag noch nicht zum Stillstand gekommen. Das Lušover Försterehaus ist bedroht. Der Schaden ist bedeutend. Große Bäume wurden entwurzelt und umgelegt. Die angebaute Felder sind total verwüstet. Das gefährdete Terrain ist für den Verkehr gesperrt.

Die Wetterkatastrophe in Polen. Infolge der heftigen Regengüsse der letzten Tage sind alle Flüsse im Bezirke Neu-Sandec aus den Ufern getreten. Alle tiefer gelegenen Gegenden stehen unter Wasser. Die Bodenerträge und Saaten sind vernichtet. Eine Bahnbrücke am Dunajec ist stark beschädigt. Die Wojwodschast Lublin wurde von einer Hagelschlag-Katastrophe heimgesucht. 90 Prozent der Saaten sind vernichtet.

Aus Freude über die bestandene Matura irrsinnig geworden. Ferdinand Kristin aus Situan bei Blumenau maturierte in den letzten Tagen auf einer Brünner Realschule und war vom Vater dazu ersuchen worden, Philosophie zu studieren. Sofort nach der glücklich bestandenen Prüfung begab sich der junge Mann, der ungemein begabt war, und u. a. auch sechs Sprachen beherrschte, auf Ferien in seine Heimatgemeinde, wo der Vater Feiler ist, wo er jedoch zwei Tage nach seiner Ankunft aus Freude über den Erfolg bei der Reifeprüfung irrsinnig wurde. Der Unglückliche wußte in die Irrenanstalt nach Olmütz gebracht werden.

Ein geheimnisvoller Mord in der Umgebung von Brünn. Montag wurde bei Priesenitz in der Nähe von Brünn die Leiche der 20jährigen Franziska Brazdil aus Chirlitz in einem Heuschaber aufgefunden. Die Brazdil war in der Zuderfabrik in Priesenitz beschäftigt und war Samstag nicht aus der Arbeit gekommen. Die Leiche wies einige Wunden an der Brust auf und war mit einem Peitschenriemen erdroffelt. Die Gendarmerie arbeitet nun an der Aufklärung dieser geheimnisvollen Mordtat.

Die Leiche unter dem Heuhaufen. In der Nähe von Mädrich (in Mähren) ist ein schauriger Fund gemacht worden. Unter einem Heuhaufen verdeckt fand man nämlich die Leiche eines etwa 20jährigen Mädchens, der Arbeiterin Franziska Brazdil aus

Chirlitz. Das Mädchen hatte am Samstag um 1/2 6 Uhr die Wohnung in Chirlitz verlassen, um sich, wie alltäglich auf den Weg nach Priesenitz, wo es in der Schokoladefabrik beschäftigt war, zu machen. In der Fabrik ist jedoch die Brazdil nicht mehr eingetroffen. Daher scheint die Mordtat bereits am Samstag früh verübt worden zu sein. Um den Hals des Opfers wurde ein Peitschenriemen gewickelt vorgefunden. Das Mädchen wurde erwischt und vermutlich ihrer geringen Barschaft beraubt. Der Mörder schleppte sodann die Leiche in ein Feld unweit von der von Chirlitz nach Mädrich führenden Straße, wo er sie mit Heu bedeckte. Die Erhebungen an Ort und Stelle nach irgendwelchen Anhaltspunkten über die Person des Mörders waren bis ergebnislos.

Ein mörderischer Fund. In Freistadt fand der zwölfjährige Matthias Betal eine Dynamitpatrone, die in seiner Tasche explodierte, als er auf einen Baum kletterte. Betal wurde mit zerrissenem Unterleib in das Spital gebracht.

Silber-Behtkronenstücke. In der staatlichen Münzanstalt wurde dieser Tage mit den Versuchen der Prägung von Silber-Behtkronenstücken begonnen.

62 Jahre „Vorseher der Arbeit“. In Coalrith (Leitmeritz) wurde der Bergarbeiter Josef Moon 74jährig zu Grabe getragen. Mit neun Jahren begann er die Arbeit im Bergwerk. Bis zu seinem 71. Lebensjahre hat er im Schacht gearbeitet. 62 Jahre hat dieser Mann unter der Erde gearbeitet. Er konnte geradezu als Sinnbild der kapitalistischen Ordnung hingestellt werden, sicherlich hat dieser eine in seinem Leben mehr und härter gearbeitet als eine ganze Straße voll wohlhabender Bürger.

Verzehrte tschechoslowakische Klassenlotterie. Geldern wurden folgende Prämien gezogen: Je 100.000 K: 157637, 194907; je 50.000 K: 96737, 184369; je 40.000 K: 45375, 166639; je 20.000 K: 1689, 45892, 235195; je 10.000 K: 33546, 69266, 70326, 165200, 196764, 204153; je 5000 K: 12310, 15413, 38904, 40349, 52920, 56187, 67903, 70610, 74515, 82053, 94020, 132164, 150906, 180872; je 4000 K: 11837, 57721, 71404, 78034, 86006, 103079, 108403, 120674, 121289, 146275, 156321, 160046, 160050, 172069, 179944, 180126, 182294, 201334, 232557, 235818; je 3000 K: 1306, 3136, 5125, 8558, 12724, 19153, 25299, 25939, 38675, 41607, 60520, 62744, 72579, 81487, 82176, 84921, 92726, 118710, 131776, 144720, 146837, 159699, 162266, 164526, 169566, 170610, 189720, 200658, 204658, 214093; je 2000 K: 3626, 8610, 13621, 18099, 18644, 23455, 25906, 25779, 29148, 31402, 32693, 34049, 35124, 39367, 44599, 46179, 68147, 68992, 73374, 79746, 79806, 80964, 90987, 90710, 92821, 96756, 101644, 101890, 104921, 107326, 108731, 115660, 116169, 118420, 118510, 120004, 122744, 138358, 139457, 144493, 144629, 146431, 149306, 149606, 151250, 153775, 155492, 155525, 159524, 162920, 166846, 171443, 172293, 173558, 175007, 176560, 181793, 183644, 184699, 192349, 195547, 196204, 196934, 199010, 199050, 200849, 200858, 202549, 205996, 209411, 215502, 216279, 217134, 218421, 221799, 225156, 229710, 236672, 237284, 238348.

Massenvergiftung mit Fleisch. Im Laufe des Sonntag und Montag sind in Kallberge-Müdersdorf bei Berlin 80 Personen an schwerer Fleischvergiftungen erkrankt. Das Fleisch stammt aus einer Schlächterei in Kallberge, die es in Berlin gekauft hatte. Die Schlächterei ist von der Polizei geschlossen worden. Kräftig besonders schwer erkrankte Personen mußten ins Krankenhaus transportiert werden, da bei ihnen Lebensgefahr besteht.

Erleichterungen für den Fahrkartenverkauf. Die Staatsbahndirektion Prag-Süd gibt bekannt, daß sie im Beireben, die Kartenausgabe hauptsächlich an Sonn- und Feiertagen zu beschleunigen, in den Prager Bahnhöfen (Denis, Masaryk- und Wilsonbahnhöfen) besondere ganztagige offene Kassen errichtet hat, die vom frühen Morgen bis in die Abendstunden Fahrkarten für alle Richtungen und für alle Entfernungen, sowie auch Rückfahrkarten ausgegeben werden. An Wochentagen sind sogar über besonderen Wunsch, Fahrkarten mit dem Datum vom nächsten Tag erhältlich. Der Reisende kann sich also in bequemer Weise die Fahrkarte schon tags vorher beschaffen. In ähnlicher Weise sind auch die Fahrkarten auf dem Smichower Bahnhof erhältlich. An Sonn- und Feiertagen bleiben die Kassen in den genannten Bahnhöfen von 4 Uhr morgen bis 9 Uhr abend geöffnet. Um die Kartenausgabe in den Ausflugsstationen in der Umgebung von Prag insbesondere an Sonn- und Feiertagen zu erleichtern, entsendet die Staatsbahndirektion Aushilfs-Kassenträger hinaus.

Was die Jungen und was die Mädchen gerne lesen. Unter Schülern und Schülerinnen in München ist als Preisauschreiben eine Umfrage veranstaltet worden, was ihre Lieblingsbücher sind. Nach einer Zusammenstellung im Buchhändler-Börsenblatt wurden von 79 Jungen als Lieblingsbücher genannt: Karl May 2mal, Robinson 1mal, Sven Hedvin 7mal, Abteilungen, Kriegsgeschichten, Deutsche Heldensagen, Reisebeschreibungen je 6mal, Neues Universum 5mal, Deutscher Jugendfreund 4mal, Ganghofer 4mal, Ben Hur, Rulaman, Biene Maja, Mark Twain je 3mal, Lulke Toms Hütte, Verne, Don Quixote, Bings u. a. Tiergeschichten je 2mal. Von 79 Mädchen wurden genannt: Chr. v. Schmid 10mal, Biene Maja 12mal, Storm und Kofleger je 8mal, Keller und Hauff je 5mal, Karl May und geschichtliche Werke je 4mal.

Wetterübersicht vom 22. Juni: Die Besserung des Wetters machte Dienstag Fortschritte. Von einzelnen Gewitterregen in Böhmen abgesehen (Prag-Flugplatz 7 Millimeter Niederschlagsmenge), blieb das ganze Staatsgebiet trocken. In der Slowakei war der Himmel fast wolkenlos. Auch die Erdwärme hält an. Die Temperaturen über Schritten durchwegs 20 Grad Celsius und erreichten stellenweise 25 Grad (Lučence 26 Grad). In Prag lag das Tagesmittel der Temperatur über dem Normalwert, und zwar zum zweiten Male in diesem Monate.

Volkswirtschaft.

Heraus mit der Unfallversicherung für die Land- und Forstarbeiter!

Seit Jahren fordert die Sozialdemokratie bereits die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstarbeiter. Im Mai wurde darüber bereits im sozialpolitischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses verhandelt, aber die Landwirte, die angeblich das ganze Landvotum vertreten, haben die so dringende Angelegenheit zu verschleppen. Sie haben jetzt eben andere Sorgen: sie müssen durch Fälle die Profite der Großen vermehren helfen, ob der Land- oder Forstarbeiter durch einen Unfall zum Krüppel wird und dann betteln geht, rührt sie nicht im mindesten. Wie wichtig die Einführung der Unfallversicherung auch für die Land- und Forstarbeiter ist, lehrt der nachstehende Artikel, den wir dem „Land- und Forstarbeiter“ entnehmen:

Die Versicherung gegen Unfälle ist für die Land- und Forstarbeiter eine sehr wichtige und dringende Frage. Wiederholt schon haben wir gefordert, daß die Unfallversicherung auch auf die Land- und Forstwirtschaft ausgedehnt werde. Derzeit liegt die Sache so, daß nur jene Arbeiter, die bei einer Kraftmaschine beschäftigt werden, unfallversicherungspflichtig sind. Forstarbeiter unterliegen der Versicherungspflicht überhaupt nicht. Dieser Zustand kann unmöglich auf die Dauer aufrechterhalten werden. Denn die in der Landwirtschaft sowie in der Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter sind Unfällen in zumindest ebenso großem Umfang wie andere Arbeiterschichten ausgesetzt. Wie viel Fälle haben sich nicht schon ereignet, daß Arbeiter auch bei Verrichtung von Handarbeiten Unfälle erlitten und die dann bei eventueller Arbeitsunfähigkeit dem Elend preisgegeben sind, weil sie keine Rente erhalten. In der Forstwirtschaft ist es ebenso. Viele an den Unfallstellen errichtete Markierbäume geben Zeugnis von tödlich verlaufenen Unfällen. In den letzten zwei Jahren, die wir zur Beurteilung heranziehen wollen, haben sich eine Reihe schwerer Unfälle ereignet, die zeigen, wie notwendig die Einbeziehung der Land- und Forstarbeiter in die Unfallversicherung ist. Bei der staatlichen Forstverwaltung Harrachsdorf-Neuwelt ereigneten sich in den Jahren 1922 bis 1925 18 Unfälle, davon zwei mit tödlichem Ausgang. Bei den 16 anderen ging es mit Beinbrüchen, Rippenbrüchen, Kopfverletzungen und Sachwunden ab. Nach einer Mitteilung der Bezirkskrankenkasse in Rochitz ereigneten sich in den Revieren des dortigen Bezirkes im Jahre 1924 24 Unfälle, im Jahre 1925 39 Unfälle, und heuer bis zum 23. April bereits 41 Unfälle. Eine erschreckende Zahl, die aller Wahrscheinlichkeit nach eine Steigerung erfahren wird, da im dortigen Gebiete nunmehr die Ausarbeitung der Windbrüche erfolgt, wobei Unfälle unvermeidlich sind. Wer diesen Windbruch gesehen hat, sieht die Gefahren voraus. Kreuz und quer liegen die entwurzelten und gebrochenen Bäume herum. Aber auch in den Böhmerwaldgebieten, wie überhaupt in allen Waldgebieten, kommen zahlreiche Unfälle vor. Im Vorjahr hat es in Andreasberg einen Arbeiter beim Baumfällen erschlagen. In Eisenberg verschlug ein abspringender Ast einem Arbeiter das Kniebein und spickte sich gegen den Nacken zu fest, so daß er gewaltsam entfernt werden mußte. In Sokonau erlitt ein Arbeiter bei seiner Tätigkeit eine Schädelverletzung, die seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Und damit niemand glaubt, daß sich in der Landwirtschaft keine Unfälle ereignen, so auch da ein paar Beispiele. Am Meierhof Rudowitz erlitten zwei Arbeiter infolge Scheuwerdens der Pferde bei einem Gewitter Verletzungen, und zwar Rippenbrüche der einen, und linken Vorderarmbruch der andere. In Hochlibin wurde eine Arbeiterin im Stall von Ochsen zu Tode gestampft. In Tschorschitz kam ebenfalls ein Arbeiter ums Leben. Diese Fälle dürften wohl genügen, um allen zu zeigen, wie gefährlich die Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft ist.

Es ist also das Verlangen nach Erweiterung der Versicherung für Unfall eine vollständig berechnete Sache. Trotz der allergrößten Vorsicht passiert eben ein Unglück mit das andere. Weil keine Schutzbestimmungen bestehen, so sind der vom Unfall Betroffene und seine Angehörigen die alleinigen Leidtragenden. Dieser Zustand muß beseitigt werden. Unternehmer und bürgerliche Parteien sind gegen die Unfallversicherung. Sie behaupten, daß die sozialen Lasten zu hoch sind. Aber unter dem Druck der Arbeiter haben sich doch Wandlungen im anderen Lager vollzogen. Heute wagen sie es nicht mehr, die Unfallversicherung rundweg abzulehnen. Die Unternehmer und deren Vorführer bekennen, daß das bisherige nicht genügt, „denn auch beim Handbetriebe ereignen sich Unfälle, die für den Betroffenen oft schwere Folgen zurücklassen, welche letztere durch Einbezug in die Unfallversicherung gemildert werden könnten“. Sie sind theoretisch für die Unfallversicherung, aber in der Praxis noch dagegen. Diese Tatsache trat in der letzten Zeit klar zutage. Die tschechischen Sozialdemokraten haben im Parlament unseren alten Antrag auf Einbeziehung der Land- und Forstarbeiter in die Unfallversicherung aufgenommen. In der Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses am 12. Mai, wo über den Antrag verhandelt wurde, hat der Abgeordnete Schubert vom Bund der Landwirte erklärt, daß keine Partei im Prinzip nicht dagegen sei, aber verlange, daß auch die Landwirte und deren mitarbeitenden Familienmitglieder mit einbezogen werden und die ganze Sache keine Mehrbelastung für sie bringe. Auf der Grundlage der Freiwilligkeit soll das ganze aufgebaut wer-

den. Man sieht, die Herrschaften möchten wieder einmal nur nach ihrem Rezept diese Suppe kochen. Beraus käme dabei ein Produkt, das zwar den Bauern nütze, aber den Arbeitern nicht viel helfen würde.

Die Agrarier wollten die Verschleppung und beantragten, die Regierung ist aufzufordern, in 14 Tagen einen Entwurf zur Novellierung des Unfallversicherungsgesetzes einzubringen. Die bürgerliche Mehrheit stimmte dieser Verschleppung zu.

Es hätte längst schon die Frage bereinigt werden können, wenn der Wille bei den bürgerlichen Politikern da wäre. Neugierst dringend ist die baldige Lösung der Unfallversicherung. Die Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft sind es, die unter dem jetzigen Zustand am meisten zu leiden haben. Der Bauer oder Forstbesitzer ist keiner Not ausgesetzt, wenn ihm etwas passiert. Da sie in der Regel andere für sich arbeiten lassen, passiert ihnen eh nichts. Aber der durch Unfall arbeitsunfähig gewordene Arbeiter oder die Hinterbliebenen eines tödlich Verunglückten haben nichts zum Leben und müssen hungern. Diesen Menschen zu helfen, ist die wichtigste Pflicht. Die Regierung, die sonst für die Interessen der Agrarier so viel Verständnis hat, möge sich endlich dazu aufraffen, auch die Land- und Forstarbeiter als Menschen, die Anspruch auf einen bestimmten Schutz haben, anzusehen. Sie soll beweisen, daß sie nicht nur Sachwalterin der kapitalistischen Interessen ist, sondern daß sie auch den Arbeiter als wichtiges Glied der Gesellschaft betrachtet. Für uns aber gilt es, weiter zu kämpfen und nicht zu ruhen, bis auch diese unsere Forderung erfüllt ist. Der Ruf: „Heraus mit der Unfallversicherung für die Land- und Forstwirtschaft“ muß immer stärker werden.

Generalversammlung der tschechischen Großeinkaufsgesellschaft. Sonntag fand im Prager Gemeindepark die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft der tschechischen Konsumvereine statt, die vom Vorsitzenden, Genossen Bobřísko, mit einem Protest gegen den Zollraub der bürgerlichen Parlamentsmehrheit eröffnet wurde. Gleichfalls sprach der Vorsitzende in der Eröffnungsrede dem Direktor der Großeinkaufsgesellschaft, Luštig, der wegen seiner Haltung im Ausschuß der Produktienbörse angegriffen worden ist, das Vertrauen aus. An der Generalversammlung nahmen insgesamt 154 Vertreter von 118 Genossenschaften, die 14.246.000 K Anteile vertragen, teil. Auch ein Vertreter des Ministeriums für soziale Fürsorge sowie namens unserer Großeinkaufsgesellschaft die Genossen Švojs und Bock waren anwesend. Den Bericht des Vorstandes erstattete Genosse Luštig, den des Aufsichtsrates Genosse Bobřísko. Beide Berichte wurden einmütig zur Kenntnis genommen, ebenso wurden die Rechnungsabläufe genehmigt. Hierauf wurden die Wahlen vorgenommen und die Versammlung geschlossen.

Kunst und Wissen.

Erstaufführung — „Der dreizehnte Stuhl“ von Bayard Veiller, Ingenieur von Roman Reinhardt. Wenn man nach Theaterschluß gefragt würde, wie einem das Stück gefallen hat, so ist es leicht möglich, daß man um eine Antwort verlegen sein könnte. Das eine steht jedoch fest: Langweilig ist das Stück auf keinen Fall. Man verlangt von einem Stück, daß es, wenn es schon keine Ewigkeitswerte besitzt, unterhaltsam, bis zu einem gewissen Grade spannend ist. Hinsichtlich dieses allgemein notwendigen Erfordernisses hat der Autor die Dosis ein bißchen stark genommen. Die innere Qualität der Sache entspricht der guten, flott geschriebenen Kriminalnovelle. In dieses Genre fällt auch der Vorwurf. — Bei einer

Kleine Chronik.

Die chinesische Schreibmaschine. Ein blinder Engländer, Sir Walter Hillier, hat eine tragbare chinesische Schreibmaschine erfunden, die nicht wesentlich mehr als eine gewöhnliche europäische Schreibmaschine kostet. Er hat dazu nicht die klassische Sprache verwendet, sondern eine Art Stenographie, die als „Schreibschrift“ bekannt ist. Die literarische chinesische Sprache, die 14.000 Schriftzeichen umfaßt, von denen jeder gebildete Mensch mindestens fünf- bis zehntausend kennen muß, ist ja von der Umgangssprache durchaus verschieden und wird nur von etwa 10 Prozent aller Chinesen beherrscht. Für die übrigen 90 Prozent der chinesischen Bevölkerung haben in sechsjähriger angestrengter Arbeit die 70 bedeutendsten Gelehrten und Missionäre des Landes eine phonetische Sprache ausgearbeitet, in die die klassischen Werke überträgt werden können. Dieses „Stenographie-Alphabet“ hat Sir Walter Hillier der Schreibmaschine angepaßt. Es besteht aus 40 Zeichen, die einzeln oder kombiniert, alle Laute der chinesischen Sprache darzustellen vermögen. Ein nicht in der klassischen Sprache bewandertes Chineser kann in drei Wochen lernen, dieses Alphabet zu lesen und zu schreiben. Die beiden Hauptschwierigkeiten, die Sir Walter Hillier mit seiner Erfindung zu überwinden hatte, waren die Komplikationen, die einem chinesischen Worte vier verschiedene Bedeutungen geben, je nach einer für europäische Ohren unmerklichen Verschiedenheit in der Aussprache, und ferner der Umstand, daß die Chinesen von oben nach unten schreiben und ihre Zeilen von rechts nach links lesen. Die erste Schwierigkeit wurde dadurch beseitigt, daß die Tafeln mit einem, zwei, drei und vier Punkten versehen wurden, so daß diese Punkte, hinter ein Wort gesetzt, die Betonung angeben. Das zweite Problem war einfacher zu lösen. Alle Buch-

Mitteilung aus dem Publikum.

Das Waschen mit Versale ist keine Arbeit, sondern bedeutet lediglich das Wäscheputzen beauftragten. Alles andere besorgt Versale, das selbstwirkende, unschädliche, billige Waschmittel. Ueberall zum Ladenverkaufspreis von 4 Kronen pro Flasche à ca. 1/4 Kg. zu haben!

Spiritistischen Seance, die im Hause Crossbys durch Madame la Grange vorgenommen wird, um unter dieser Vorpiegelung das Geheimnis eines längst verflorenen Mordes zu lüften, wird Fred Wales, der hofft, den Mörder auf diese Weise zu entlarven, in der Dunkelheit erstochen. Die Tat ist von demselben Menschen verübt worden, der auch den vorigen Mord auf dem Gewissen hat. Unter den dreizehn Anwesenden sucht nun der Polizeinspektor den Täter. In dieser Figur schlägt das Stück ein wenig ins Komische um; man stelle sich einen Menschenfresser vor, der mit einer honetten Gesellschaft in ein Zimmer gesperrt wird und alle die armen Gasherin schieber zur Verzweiflung treibt. — Nachdem nun der Polizeinspektor die Untersuchung abgeschlossen hat, den Mörder, oder vielmehr die Mörderin überführt zu haben scheint, wird der wahre Täter durch eine Suggestionstrick der würdigen Madame la Grange, deren Tochter ebenfalls verhaftet werden soll, zum Geständnis veranlaßt. — Das ist alles. Nicht viel mehr, aber das, was diese kriminalistische Studie an dramatischen Möglichkeiten bietet, und derer sind viele, ist vom Autor mit verblüffender Geschicklichkeit benützt worden. Wer seine Langeweile auf anregende Art vertreiben will, kommt bestimmt auf seine Rechnung. — Die gelungensten Rollen waren die der Madame la Grange, die Hermine Medelitz mit den bekanntesten vorzüglichsten Stimmmitteln und der alten Agilität gab und die des Polizeinspektor, dessen Tatkraftigkeit und Forcht, gewürzt mit einer Dosis Zummtheit, Ehre mit Geschick. — Das Haus war ziemlich besetzt und das Publikum interessiert und beifallsfreudig. — ijs —

Jahrlige Aufführung des „Ring des Nibelungen.“ Dienstag, den 6. Juli, beginnt mit „Reingold“ eine jahrlige Aufführung von Richard Wagners „Ring des Nibelungen“. Am 7. wird „Die Walküre“, am 10. „Siegfried“ und am 13. Juli „Götterdämmerung“ gegeben. Die Partien des Loge, des Sigmund und der beiden Siegfriede singt der Feldintendant des Hamburger Stadttheaters Erik Enderlein.

Gastspiel Prof. Max Reinhardt. Der Direktion ist es gelungen, das Wiener Ensemble Prof. Max Reinhardt für Montag, den 28. und Dienstag, den 29. d. M., für ein Gastspiel zu verpflichten. Das Ensemble wird an beiden Abenden das Schauspiel „Die Gefangene“ zur Aufführung bringen. Die Hauptrollen spielen Helene Thimig und Hermann Thimig.

Nachahmende Wertes Opferwilligkeit. Der Verein deutscher Malerinnen in Prag hat den Reinertrag der von ihm veranstalteten Winderlotterie im Betrage von 6700 K der Deutschen Akademie für Musik und darstellende Kunst in Prag gespendet.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Mittwoch: „Zwerg“, „Violanta“, Donnerstag 7 1/2 Uhr: „Der 13. Stuhl“, Freitag „Der Freischütz“, Samstag 8 Uhr „Tannhäuser-Parodie“, Sonntag „Der Orlo“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch „Nidel und die 36 Gerechten“, Donnerstag „Glage und Bublikopf“, Freitag „Das Spiel von Tod und Liebe“, Samstag „Charleys Tante“, Sonntag „Charleys Tante“.

Herausgeber Dr. Ludwig Ege.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Rieher.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.G., Prag.
Für den Druck verantwortlich: D. HOLL.

Aus der Partei.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.

Anfangs Juli (genaues Datum wird später bekanntgegeben) kommen aus Rärnten 43 Kinder des Vereines „Kinderfreunde“ nach Prag. Wir bitten alle Parteimitglieder, diesen Kindern für zwei Uebernachtungen unentgeltliche Unterkunft zu gewähren.

Anmeldungen nimmt schon jetzt Genosse Šellich, Prag II., Melazanka 18-3, (Verwaltung des „Sozialdemokrat“) entgegen.

Die Bezirksleitung.

Jugendbewegung.

E. J., Prag. Heute, Mittwoch, 23. Juni, um 8 Uhr abends, Monatsversammlung mit Vortrag des Genossen Dr. Emil Strauß über „Johann Gus, der Revolutionär“ im „Verein deutscher Arbeiter“, Prag II., Smekty 27. — Die Parteimitglieder sind hierzu ebenfalls eingeladen.

Turnen und Sport.

Vom Arbeiter-Turn- und Sportverband Fußball.

Wir teilen mit, daß der Sportklub „Gleichheit“ Ladowiz bis auf weiteres gesperrt ist, daß der Spieler Hansel von Ladowiz vier Wochen wegen unsportlichen Benehmens im Ausland, der Spieler Heger, ebenfalls Ladowiz, ein halbes Jahr wegen rohen Spielens im Ausland Sperre erlitten. Wer mit Ladowiz Spiele abschließt, wird ebenfalls gesperrt, wer die Spieler Hansel und Heger vor Ablauf der Sperre als Mitglieder aufnimmt oder auch nur bei sich spielen läßt, hat ebenfalls Sperre zu erwarten.

Mit Frei Heil!
Die Bundespielleitung.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. C. m. b. S.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Satz- und Gießmaschinen mit einer Lageschaltung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Lageschaltung von 200.000 Zeilen, Fernsprecher Nr. 271. Postparaffa Nr. 127. 603

haben stehen nicht aufrecht, sondern liegen auf dem Rücken. Dadurch kommen, wenn das beschriebene Blatt aus der Maschine genommen und seitwärts gebreht wird, die Worte und Zeilen in die korrekte chinesische Lage.

Anelboten.

Der mißverständene Schulrat.

Eine Lehrerin erzählt: In unserer Schule wurde eines Tages der Besuch des Schulrats angefündigt. Ich machte meinen 30 Schülerinnen von diesem Ereignis keine Mitteilung. Ich will meine Schülerinnen auch in der Schule einfach und natürlich haben. Sie sollen nicht Angst vor der Lehrerin haben und sollen sich auch dem Schulrat gegenüber so zeigen, wie sie sind.

So hielt ich denn auch in Anwesenheit des Schulrats meinen Unterricht in der gewohnten Weise. Es wurden Scherze gemacht, ab und zu erlöbte fröhliches Lachen, und mitunter gab es stürmisches Drängen zum Wort.

In das geräuschvolle Leben hob plötzlich der Schulrat den Zeigefinger der rechten Hand. Tatsächlich beschwichtigten sich daraufhin die Wogen der Luftbarkeit für einige Minuten. Aber gleich darauf herrschte wieder die allgemeine fröhliche Stimmung. Der Herr Schulrat erhob zum zweitenmal den Zeigefinger, drohender noch als zuvor.

Da meldete sich ein kleines Mädchen, und noch ehe ich das Mädchen nach seinem Begehren fragen konnte, pläzte es heraus: „Fräulein, der Mann da muß mal raus, der hat sich schon zweimal gemeldet.“

Der Preuße.

Im Meldebureau einer kleinen bairischen Stadt: „Wo san E' her?“ „Aus Hamburg.“ „Also aus Preiß'n.“

„Erlauben Sie mal, ich bin kein Preuße, sondern Bürger einer freien und Ganjsstadt.“

„Jo, die Ausflüchten kenn' ma scho. Do war jüngst oaner aus Lübed, der hot a so g'sagt. Des Schami's Euch halt, daß's Preußen sein müäh't!“ (Mit besonderer Erlaubnis des Verfassers dem Buche „Kemper und Beamte“ von Heinrich Langmaad, Kiel, entnommen.)

Weibliche Polizei in Skandinavien. Die drei skandinavischen Hauptstädte haben seit einigen Jahren der Anstellung weiblicher Polizisten ihre Aufmerksamkeit geschenkt. So hat Oslo 2 weibliche Polizisten, Stockholm 6 und Kopenhagen 4. In Kopenhagen wie in Stockholm bemühen sich die Frauenorganisationen um Vermehrung der weiblichen Polizei, und in Stockholm haben die weiblichen Stadtverordneten aller Parteien vor einiger Zeit den Antrag auf Vermehrung der weiblichen Beamten gestellt. In Kopenhagen wird über Ueberbürdung der weiblichen Beamten mit Kontorarbeit geklagt. Nach den Polizeiregeln sollen die weiblichen Beamten vor allem in der Vernehmung von Mädchen, die in Sittlichkeitsaffären verwickelt sind, beschäftigt werden. Man fordert nun im Zusammenhang mit den Kämpfen, den der sozialistische dänische Justizminister gegen die Schlaftrugigkeiten auf der Bühne und in einem gewissen Teil der Presse führt, daß weibliche Beamte zur Ueberwachung der Revuetheater und Buchhandlungen mit unzüchtiger Literatur angestellt werden.

Ein Testament auf lange Sicht. Eine kürzlich in Norwegen verstorbene Frau hat ein Testament mit der einzigartigen Bestimmung hinterlassen, daß ihr bescheidenes Vermögen von 1000 K 210 Jahre lang unberührt auf einer Bank liegen bleiben soll, bis es durch Zins und Zinseszins auf 28 Millionen Kronen angewachsen ist. In dieser Höhe soll dann das Geld unter die Stadterwaltung und die Nachkommen der Frau verteilt werden.